

80.301

Dringliche Interpellation der Kommission für auswärtige Angelegenheiten. Afghanistan. Besetzung durch die UdSSR

Interpellation urgente de la Commission des affaires étrangères. Afghanistan. Occupation par l'URSS

Wortlaut der Dringlichen Interpellation vom 21. Februar 1980

Die Besetzung des selbständigen, blockfreien Staates Afghanistan durch Streitkräfte der UdSSR wurde weltweit als Gefährdung des Friedens erkannt und als flagrante Völkerrechtsverletzung verurteilt.

Wie beurteilt der Bundesrat die Folgen dieser Intervention und insbesondere ihre Auswirkungen auf die auswärtigen Beziehungen und die Sicherheitspolitik unseres Landes?

Welche Vorkehrungen trifft er vor allem im Hinblick

– auf die Vorbereitung und Teilnahme an der KSZE-Folgekonferenz von Madrid;

– auf das Flüchtlingselend der Afghanen;

– auf die in nächster Zeit geplanten Kontakte zwischen der Schweiz und der UdSSR auf politischer, wirtschaftlicher, kultureller und sportlicher Ebene;

– auf unsere Sicherheitspolitik?

Texte de l'interpellation urgente du 21 février 1980

L'occupation de l'Afghanistan – pays indépendant et non aligné – par les forces armées de l'Union soviétique a été reconnue par le monde entier comme une menace à la paix et condamnée comme une violation flagrante du droit international.

Cette situation nous amène à poser au Conseil fédéral les questions suivantes:

Quelles sont les conséquences de cette intervention et quelles en sont notamment les répercussions sur les relations extérieures et la politique de sécurité de notre pays? Quelles dispositions compte-t-il prendre

– en vue de la participation de notre pays à la Conférence de Madrid faisant suite à la CSCE,

– eu égard au sort tragique des réfugiés afghans,

– en prévision des contacts qui doivent prochainement avoir lieu entre la Suisse et l'URSS dans les domaines politique, économique, culturel et sportif,

– dans le cadre de notre politique de sécurité?

Sprecherin – Porte-parole: Meier Josi

80.309

Dringliche Interpellation der PdA – PSA – POCH. Sowjet-Einmarsch in Afghanistan. Internationale Lage

Interpellation urgente du groupe du PdT – PSA – POCH. Intervention soviétique en Afghanistan. Situation internationale

Wortlaut der Dringlichen Interpellation vom 3. März 1980

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan einerseits, die Irankrise sowie der Entscheid, in Europa neue Cruise und Pershing Missiles mit atomaren Sprengköpfen zu stationieren andererseits, haben die Konfrontation zwischen den Supermächten und den Blöcken wieder neu aufleben lassen, den Entspannungsprozess aufgehalten und die Risiken einer allgemeinen bewaffneten Auseinandersetzung erhöht.

Die Fraktion der PdA-PSA-POCH bittet den Bundesrat zu sagen:

– wie er die internationale Lage und besonders die Gefahren für den Frieden und die Entspannung beurteilt;

– welche konkreten Schritte er unternommen hat, um das Prinzip der Nichteinmischung und das Recht der Selbstbestimmung der Völker zu bestätigen;

– ob er bereit ist, selber oder zusammen mit andern europäischen Ländern konkrete Initiativen zu ergreifen, die über internationale Garantien für die Neutralisierung Afghanistans zu einem Rückzug der sowjetischen Truppen aus diesem Land führen und zur Wiederaufnahme der Entspannungspolitik sowie zur Verteidigung des Weltfriedens beitragen können;

– ob und wie sich die Schweiz von der Politik der Vergeltungsmassnahmen und Konfrontation distanzieren will, um die Wiederaufnahme des politischen Gesprächs, den Verzicht auf ein weiteres Wettrüsten und auf die Stationierung von nuklearen Flugkörpergeschossen in Europa zu fordern.

Texte de l'interpellation urgente du 3 mars 1980

L'intervention soviétique en Afghanistan, d'une part, la crise iranienne et la décision d'installer en Europe de nouveaux missiles Cruise et Pershing à ogive nucléaire, de l'autre, ont relancé le défi entre les superpuissances et entre les blocs, paralysé le processus de la détente et augmenté les risques de conflits armés généralisés.

Le groupe PdT-PSA-POCH demande au Conseil fédéral de dire:

– comment il juge la situation internationale et, en particulier, les dangers qui menacent la paix et la détente,

– quelles initiatives concrètes il a prises pour affirmer le principe de la non-ingérence et le droit à l'autodétermination des peuples,

– s'il est disposé à prendre avec d'autres pays européens des initiatives concrètes qui, s'appuyant sur des garanties internationales pour la neutralisation de l'Afghanistan, puissent aboutir au retrait des troupes soviétiques de ce pays et contribuer à la reprise de la politique de détente et à la défense de la paix mondiale,

– si et comment il entend que la Suisse se dissocie de la politique de rétorsion et de défi pour demander la reprise du dialogue, ainsi que la renonciation à une nouvelle course aux armements et à l'installation en Europe de missiles nucléaires.

Sprecher – Porte-parole: Carobbio



Frau Meier Josi: Ende 1979 besetzten Streitkräfte der UdSSR den blockfreien Staat Afghanistan. Ihre Kommission für Auswärtige Angelegenheiten hat sich in ihrer Februarsitzung mit dem Ereignis befasst, welches derart schwerwiegend ist, dass wir es für notwendig hielten, es unverzüglich im Plenum zur Sprache zu bringen. Die Interpellation will dem Bundesrat und dem Parlament Gelegenheit geben, die Auswirkungen dieser sowjetischen Intervention für unser eigenes Land vor dem ganzen Volk darzulegen. Unserem Volk ist zwar die Nichteinmischung in fremde Händel eine sehr bewusste aussenpolitische Handlungsmaxime. Unsere Neutralität hat uns aber noch nie dazu verurteilt, bei machtpolitischen Uebergriffen zu schweigen. Wir haben auch diesmal nicht geschwiegen und beabsichtigen weiterhin, die Dinge beim Namen zu nennen. Wir sind übrigens nicht allein. Die Weltöffentlichkeit hat mit einer noch nie dagewesenen Einmütigkeit diese Intervention der UdSSR in Afghanistan gebrandmarkt als massive Völkerrechtsverletzung, als totale Absage an die Grundsätze des Gewaltverzichts, der Nichteinmischung und der territorialen Integrität, wobei gleichzeitig auch über weite Strecken individuelle Menschenrechte verletzt wurden. Was bei der Empörung am meisten auffällt, ist die erstmals sehr kritische Sprache der Dritten Welt, welche die Sowjetmacht unmissverständlich zum Rückzug der Truppen auffordert. Es ist klar, dass die sowjetische Version der Hilfeleistung nicht zu überzeugen vermochte, nachdem sie ja nicht einmal jener Präsident überlebte, der um sie gebeten haben soll. Was ist das für eine Hilfe, vor der Hunderttausende fliehen und gegen die im Landesinneren – ja sogar in der Hauptstadt – nach wie vor erbittert gekämpft wird? Das Handeln der UdSSR vermag wohl nur naive Menschen zu überraschen. Es knüpft ja geschichtlich an die imperialistischen Ziele der Zaren an und nützt das in der Region bestehende, mit den Wirren im Iran noch verstärkte Machtvakuum aus. Wir brauchen nicht im einzelnen zu untersuchen, was die Sowjetmacht zu ihrem Schritt bewog, inwieweit etwa die SALT-II-Gespräche oder Präsident Carters Politik hineinspielten. Entscheidend bleibt für uns festzustellen, dass die UdSSR mit Afghanistan erstmals ein blockfreies Land der Dritten Welt besetzte und dass die neue Aufmarschlinie der sowjetischen Streitkräfte in Richtung des Indischen Ozeans und des Persischen Golfs das ohnehin äusserst prekäre Gleichgewicht der Welt gefährdet.

Es war denn auch selbstverständlich, dass der Bundesrat schon zu Beginn des Jahres seiner grossen Besorgnis um die Entspannungspolitik Ausdruck gab. Er durfte und musste das um so mehr tun, als die Schweiz und Sowjetrussland gleichzeitig miteinander die Helsinki-Akte unterzeichnet haben. Wir sind also als Schweizer berechtigt, vom Vertragspartner Rechenschaft zu fordern. Gerade aus diesem Grunde wäre es verfehlt, auf eine Teilnahme an der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid zu verzichten. Sie bietet wohl vielmehr die erwünschte Gelegenheit, klar darzutun, was wir und die übrigen Unterzeichner unter Entspannungspolitik nicht verstehen, nämlich das einseitige Nachgeben gegenüber der Macht des sogenannten Entspannungspartners und dass wir ebenso wenig darunter verstehen das Hinnehmen von Menschenrechtsverletzungen, wie sie zum Beispiel im Fall Sacharow erfolgten. Die beratende Versammlung des Europarates, dem auch die Schweiz angehört, hat anlässlich ihrer Januarsession dem Ministerkomitee empfohlen, in Madrid gegenüber der UdSSR entschieden auf der Unteilbarkeit der Entspannung zu beharren. Wir möchten durch die Beantwortung dieser Interpellation die Gewissheit erhalten, dass die Madrider Konferenz von der Schweizer Delegation in diesem Sinne vorbereitet wird.

Die Intervention, die wir geschlossen verurteilen, hat eine Reihe weiterer Folgen für unser Land, die es zu überlegen gilt. So möchten wir beispielsweise ebenfalls die Gewissheit erhalten, dass unsere humanitären Massnahmen gegenüber der Flüchtlingsnot in Afghanistan den Massstäben

der internationalen Solidarität, die wir uns selbst gesetzt haben, standhalten. Machtmittel stehen uns bekanntlich nicht zu Gebote, aber wir haben eine Gamme von Ausdrücken der Missbilligung zur Verfügung. Wir sind realistisch genug, um nicht nach allgemeinen Boykotten von allen möglichen Beziehungen – auch nicht von persönlichen Beziehungen – zu rufen. Wir haben damit bei den Ueberfällen in Ungarn und in der CSSR unsere Lehren gemacht.

Wir wissen auch, welche Anforderungen der Grundsatz universeller Beziehungen an unsere Politik stellt. Trotzdem ist eine gezielte Zurückhaltung bei offiziellen Kontakten sicher ein geeignetes Mittel, um den Mächtigen die öffentliche Weltmeinung kundzutun, die sie weit mehr, als man glaubt, beeindruckt kann. In diesen Zusammenhang gehören nicht zuletzt die Kontakte bei einer Olympiade, die heuer in einem Land stattfindet, für das Sport und Politik vollkommen deckungsgleich sind und in dem die Olympiade ausgerechnet Olympiade des Friedens heisst. Der blosser Hinweis des Herrn Bundespräsidenten, der gestern dazu auf die Verantwortung des einzelnen hinwies, hat diesen Fragenkomplex keineswegs erschöpft.

Schliesslich fragt sich, last but not least, welche Fragen sich für unsere Sicherheitspolitik daraus ergeben, dass eben die UdSSR und nicht etwa die USA oder China, also der grosse Nachbar Westeuropas, der Entspannungspolitik einen so schweren Schlag versetzt hat. Gerade wegen dieser europäischen Dimension der Besetzung geht uns der Vorfall höchst direkt an. Die Frage, wieweit die Besetzung Afghanistans Anlass gibt, unsere Sicherheitskonzepte zu überprüfen, stellt sich daher leider auch.

M. Carobbo: Par son interpellation urgente, le groupe du Parti du travail, du Parti socialiste autonome et des Organisations progressistes entend avant tout exprimer ses préoccupations et ses inquiétudes face aux dangers que courent la paix et la politique de détente.

Les derniers événements donnent l'impression que la politique des grandes puissances pourrait échapper à tout contrôle et accélérer la possibilité d'une confrontation armée généralisée. Cette sensation – c'est un fait – est devenue plus aiguë après l'intervention soviétique en Afghanistan. Or, à propos de cette intervention, la position du Parti socialiste autonome du Tessin et du Jura-Sud est claire et nette: nous la désapprouvons et nous demandons son arrêt immédiat. Elle est, pour nous, injustifiée, tant pour des raisons de principe que pour les conséquences qu'elle a eues sur la situation politique internationale, en contribuant à aggraver les tensions entre les grandes puissances. Elle est, pour nous, contraire aux droits de chaque Etat, à l'indépendance et à la non-ingérence dans ses propres affaires internes. C'est un principe que nous avons défendu pour le Vietnam contre l'intervention américaine, au Chili, en Iran, au Liban, en Amérique du Sud et en Afrique contre les menées des services de sécurité des Etats-Unis en particulier. C'est un principe qu'aujourd'hui nous réaffirmons pour l'Afghanistan, et cela contre les ingérences indirectes des puissances du monde capitaliste et surtout contre l'intervention militaire soviétique.

Mais l'intervention en question pour nous ne se justifie pas non plus du point de vue des intérêts de la lutte pour un nouvel ordre social et politique des pays sous-développés comme l'Afghanistan. Comme nous condamnons l'exportation des contre-révolutions contre les aspirations à la liberté et à l'indépendance économique et politique des peuples, nous sommes aussi de l'avis que l'on ne peut pas exporter les révolutions. La construction d'une nouvelle société ne peut pas venir de l'extérieur, elle doit se réaliser sur la base de la recherche et de la réalisation d'un large consensus parmi les populations intéressées. Cela ne signifie d'ailleurs pas que nous sommes opposés à toute solidarité internationale envers les luttes des peuples pour leur liberté et indépendance et pour un nouvel

ordre social. Certes non! Mais cela n'a rien à voir avec les interventions étatiques ou militaires étrangères.

Cela dit, il est aussi clair pour notre groupe que la crise de la détente internationale, que les dangers pour la paix n'ont pas commencé avec l'intervention soviétique en Afghanistan, comme voudraient le faire croire certains milieux de l'Europe occidentale et, malheureusement, aussi de Suisse. Les événements d'Afghanistan ne sont qu'un élément parmi la série de faits qui ont troublé la politique internationale dans les derniers temps. D'autres événements qui ont précédé ceux d'Afghanistan figurent aussi parmi les causes de la crise internationale que nous vivons. Je citerai en particulier les accords de Camp David et la méconnaissance des droits légitimes du peuple palestinien, et la division ainsi réalisée dans le monde arabe, source de tension ultérieure dans la région; les ingérences américaines dans la crise iranienne, la politique des puissances capitalistes dans la région pétrolière, les événements du Sud-Est asiatique ainsi que la décision de renvoyer la ratification des accords de Salt II, d'imposer en Europe l'installation des fusées nucléaires Pershing et Cruise, le rôle joué par les services d'espionnage américains à l'appui des mouvements de subversion dans la région de l'Afghanistan et, après l'intervention soviétique, les pressions des Etats-Unis sur l'Europe et d'autres pays pour des mesures de rétorsion économique et politique, voire même militaire, pour une politique de confrontation entre blocs idéologiques et militaires. Mais, à part cela, les causes profondes de la crise politique internationale, de l'accentuation des tensions, doivent aussi être recherchées dans l'aggravation des déséquilibres économiques et sociaux entre les pays industrialisés et les pays du tiers monde et surtout dans l'opposition des centres économiques capitalistes, des sociétés multinationales et des gouvernements de plusieurs pays capitalistes à admettre de nouveaux rapports économiques avec les pays du tiers monde basés sur la parité des conditions, sur le respect des droits des peuples au contrôle de leurs richesses naturelles.

Dans cet ordre d'idées, il est évident que l'aggravation des tensions internationales ne peut que rendre toujours plus difficile la solution des problèmes liés au déséquilibre économique et social entre pays développés et pays du tiers monde. Il suffit de rappeler les sommes dépensées en armes et ainsi détournées de la politique d'aide au développement. Une telle orientation ne peut que servir les intérêts de tous ceux qui défendent leurs privilèges. Dans cette orientation de la politique mondiale, les responsabilités des milieux capitalistes des pays occidentaux ne sont certainement pas inférieures aux responsabilités des Soviétiques en Afghanistan.

A partir de ces simples considérations il apparaît évident, selon notre avis, qu'utiliser l'intervention soviétique pour réclamer une politique de confrontation, pour réclamer de nouvelles mesures d'armement, ne peut pas du tout servir la cause de la paix et de la détente. En effet, nous sommes convaincus – et c'est le sens des diverses questions que nous posons par notre interpellation au Conseil fédéral – qu'à la logique de la tension et de l'opposition, il faut opposer la logique de la détente, du dialogue, de la coopération, et agir en conséquence. C'est-à-dire refuser toute proposition d'interruption des rapports politiques, culturels, sociaux et sportifs, et se dissocier de tous ceux qui réclament une politique de force. Il faut par contre agir concrètement pour contribuer à favoriser la reprise de la détente, la défense de la paix. Voilà, à notre avis, le rôle que la Suisse, pays neutre, se doit de jouer. En effet, la position de notre pays nous permet, si nous le voulons, de prendre des initiatives concrètes en faveur de la paix et de la détente internationale, basées

– sur la condamnation de toute politique de force, d'où qu'elle vienne, et de toute proposition répondant à la logique de la rétorsion,

– sur des interventions diplomatiques auprès des Etats-

Unis et de l'Union soviétique – les deux puissances qui portent la responsabilité majeure de la sauvegarde de la paix mondiale – afin qu'ils reprennent le dialogue et cherchent une issue politique à leur différend,

– sur des initiatives diplomatiques et politiques pour bloquer la course aux armements et en particulier pour obtenir l'abandon des projets d'installations de fusées nucléaires en Europe,

– sur des initiatives tendant à garantir, sur le plan international, la pleine souveraineté de l'Afghanistan, et permettant ainsi le retrait des troupes soviétiques, mais aussi celui des troupes d'autres Etats dans d'autres pays de la région, en particulier le retrait des troupes américaines de la région du golfe Persique,

– enfin sur une politique d'aide au développement des pays du tiers monde, visant à réaliser un nouvel ordre économique et social dans le plein respect des droits de tous ces peuples.

C'est ce que demande, dans ses divers points, l'interpellation de notre groupe, en sollicitant un jugement du Conseil fédéral sur les événements d'Afghanistan et sur la situation politique internationale. Nous demandons en particulier que la condamnation de l'intervention soviétique ne signifie en aucun cas le blanchissement des responsabilités des autres puissances, en particulier des Etats-Unis. En fait, nous demandons surtout au Conseil fédéral s'il est prêt à prendre des initiatives concrètes ou à participer à des initiatives avec d'autres pays pour relancer la politique de détente et trouver des solutions politiques au problème de l'Afghanistan, de l'Iran et d'autres pays de la région du Proche-Orient, dans le sens rappelé il y a un moment. Nous demandons aussi au Conseil fédéral de se dissocier avec fermeté de toute proposition de rétorsion, qu'elle soit économique ou politique, et de s'opposer ensuite à ceux qui utilisent la crise de l'Afghanistan pour réclamer de nouvelles dépenses militaires, comme c'est le cas de la proposition du groupe radical sur la sécurité du pays.

Nous attendons donc de la part du Conseil fédéral des réponses à nos questions et des engagements précis quant à une politique active aux côtés des pays non alignés pour la défense de la paix, la relance de la détente et la sauvegarde du droit des peuples à la souveraineté, à l'indépendance, contre toute ingérence extérieure.

M. Aubert, conseiller fédéral: Pour répondre aux interpellations qui ont été déposées sur l'affaire de l'Afghanistan, j'aurai besoin de votre patience. Il est évident qu'une analyse de la situation – comme le Conseil des Etats me l'a demandée pour cet après-midi – ne peut pas être faite sans, tout d'abord, brosser aussi rapidement et succinctement que possible, ce que j'appellerai une toile de fond.

Un pays aux ressources faibles a été brutalement occupé par une armée étrangère. Un peuple doit se soumettre à des lois dont il ne veut pas, obéir à un gouvernement dont les idées heurtent ses convictions les plus profondes, subir des dirigeants mis en place par les troupes occupantes. Des hommes se battent pour leur indépendance nationale.

Ces événements ont provoqué une très forte réaction internationale. Entre les deux principales puissances de ce monde, la tension s'est accrue. Des mesures de rétorsion ont été prises, suspension de livraisons, boycottage. Les dépenses militaires de nombreux pays s'accroissent. La politique de détente est pour le moins gravement menacée. La coopération internationale risque de subir de sérieux revers.

A l'origine de cette crise, qu'avons-nous? L'Afghanistan, un pays qui avait échappé à la colonisation européenne, à la fois par la détermination de sa population et l'intérêt des grandes puissances rivales, a représenté pendant un siècle, par sa position d'Etat-tampon, un facteur de stabilité dans une région souvent convoitée dans l'histoire. Il a

été un des premiers pays à entretenir des relations amicales avec l'Union soviétique, son voisin, qui jouissait depuis lors, en fait, d'une certaine influence dans la politique afghane.

La modernisation du pays était lente, comme on pouvait l'attendre d'un pays pauvre, montagneux et écarté, dont les différents groupes ethniques restaient profondément attachés à leurs valeurs traditionnelles et, avant tout, à leur foi.

Le renversement de la royauté, en 1973, puis celui du régime républicain qui lui avait succédé, en 1978, sont venus tous deux de groupes de jeunes officiers formés en URSS. La seconde fois, le coup d'Etat a mis au pouvoir le Parti démocratique du peuple – ou plutôt une alliance fragile de ses deux fractions – le Parti communiste afghan. L'URSS a accru son activité dans le pays, notamment par l'envoi de conseillers civils et militaires, et elle a conclu avec lui un traité d'amitié et d'assistance mutuelle.

La brève histoire de la nouvelle République démocratique afghane, jusqu'à l'intervention soviétique du 26 décembre, a été marquée par d'âpres luttes de ligne à l'intérieur du parti au pouvoir et de l'équipe dirigeante, ainsi que par de nombreuses révoltes contre les réformes que le régime révolutionnaire tentait d'introduire. Ces tensions culminèrent, en septembre 1979, avec l'élimination du président de la République.

L'inquiétude en URSS, avivée par l'arrivée au pouvoir d'un gouvernement – celui du président Amin – qui n'avait pas la faveur du Kremlin, finit par provoquer l'intervention de troupes aéroportées et blindées ainsi que de plusieurs divisions d'infanterie. Le moins qu'on puisse dire est que ces armées ne sont guère parvenues à stabiliser la situation: le récent soulèvement de Kaboul démontre la précarité des autorités en place.

L'interventions a été justifiée, formellement, par la demande, déjà ancienne, du gouvernement afghan. Celui-ci s'estimait mis en danger par l'activité de groupes armés provenant du Pakistan, sans apporter d'autres précisions. En réalité, nous sommes en présence du cas classique de l'intervention militaire massive d'une grande puissance pour sauver un régime qui lui est favorable et dont ses infortunés sujets ne veulent pas.

Les réactions provoquées par ces événements furent d'autant plus fortes qu'elles s'inscrivent dans un contexte international passablement troublé.

Dans les années 1970, l'Est et l'Ouest s'étaient engagés dans un effort de coopération dans le domaine des échanges commerciaux et économiques, des échanges culturels, de l'application du droit humanitaire et même dans le secteur combien délicat de la limitation des armements. Si l'extension de cet effort laissait présager une amélioration croissante des rapports Est-Ouest, il faut admettre que, depuis quelques années, ces espoirs n'ont été que très partiellement satisfaits. D'une part, la mise en œuvre des principes contenus dans l'Acte final d'Helsinki s'était révélée fort peu encourageante, ne serait-ce qu'en raison des persécutions dont sont victimes ceux qui en réclament l'application intégrale. Les négociations sur les forces conventionnelles en Europe centrale ne progressent guère. D'autre part, les relations Est-Ouest avaient périodiquement souffert des interventions directes et indirectes de l'URSS, notamment en Afrique et au Proche-Orient, sous couvert de soutien aux «mouvements de libération nationale». Les conflits locaux ainsi accentués ne pouvaient pas manquer d'avoir des conséquences défavorables sur les relations internationales.

C'est dans cette atmosphère déjà plus tendue, alors que les Etats-Unis étaient confrontés à l'affaire des otages américains en Iran, que s'est produite l'intervention soviétique en Afghanistan. Elle a produit une impression profonde et suscité des critiques aussi violentes qu'universelles. Il y a à cela plusieurs raisons.

La première réaction, dans le tiers monde comme au sein de l'Alliance Atlantique, a été de demander le retrait des

troupes soviétiques. Cette demande correspond à une exigence fondamentale du droit international et de la Charte des Nations Unies. L'intervention soviétique, dans les conditions où elle s'est produite et où elle se poursuit aujourd'hui, est manifestement contraire aux règles du droit international sur les relations entre Etats et les droits des peuples tels qu'ils sont exprimés par la Charte des Nations Unies. L'atteinte au droit a d'ailleurs été dénoncée par le Conseil fédéral le 9 janvier 1980. Ces règles sont du reste reprises dans l'Acte final d'Helsinki. Elles consacrent l'inviolabilité des frontières, la souveraineté nationale, la non-ingérence dans les affaires intérieures et le non-emploi de la force. C'est en tout cas ainsi que la communauté internationale l'a interprété, puisque l'Assemblée générale de Nations Unies a voté, par 104 voix contre 18, une résolution qui constitue une lourde défaite pour l'URSS. Un grand nombre d'Etats non alignés ont voté contre elle, ce qui constitue un revers sérieux pour la politique soviétique à l'égard de ce mouvement. D'autre part, les résolutions adoptées par la Conférence islamique d'Islamabad ont encore ajouté à ces échecs de l'URSS.

En effet, l'Afghanistan est un pays non aligné, c'est-à-dire rattaché à un mouvement politique qui regroupe de nombreux pays et dont l'un des buts est précisément de maintenir ses membres à l'écart des rivalités des grandes puissances. C'est aussi un pays islamique, c'est-à-dire qu'il appartient à une communauté d'Etats fortement liés par une même conception des finalités humaines et politiques – finalités qui s'opposent au marxisme athée de l'URSS – et très sensibles à l'égard des tentatives de domination et d'usurpation de puissances non musulmanes.

C'est pourquoi la solution politique récemment avancée par la Grande-Bretagne et les Etats de la Communauté s'apparente à la neutralisation du pays, conformément à sa tradition de non aligné, et aux fins de faciliter le départ des troupes étrangères.

L'action de l'Union soviétique remet en cause malheureusement une certaine conception globale de la détente patiemment élaborée durant ces vingt dernières années, au sein de laquelle la confiance constituait l'un des éléments les plus nécessaires, mais aussi le plus fragile. Si la crise actuelle inquiète profondément les esprits, c'est qu'elle a fait réapparaître l'instabilité intrinsèque d'un ordre international qui ne peut à la longue subsister que si le droit l'emporte sur la force.

C'est pour cette même raison aussi que la crise afghane préoccupe gravement un certain nombre d'Etats, européens ou non, qui sont désormais amenés à se demander si une même ingérence brutale dans leurs affaires intérieures n'est pas à redouter. L'inquiétude générale actuelle les concerne tout particulièrement.

De façon plus concrète, la crise actuelle a engendré un certain nombre de conséquences immédiates. L'intervention soviétique a amené les pays de l'OTAN à s'interroger, dans le contexte de leur réponse à l'intervention soviétique, sur la politique qu'ils avaient conduite jusque-là. Certes, les réactions ont fait apparaître entre la politique des Etats-Unis et celle de ses alliés européens certaines nuances, mais la crise a remis en lumière une solidarité occidentale objective. Cet élément aura certainement des effets sur toutes les grandes négociations politiques, économiques et militaires actuellement en cours.

De plus, les possibilités d'un boycottage des Jeux olympiques qui doivent se tenir à Moscou l'été prochain peuvent avoir des conséquences internationales et intérieures assez sérieuses en URSS.

Enfin, à cette action soviétique a répondu une réaction américaine à la fois nette et limitée. Afin de montrer à l'URSS qu'il y aurait un prix à payer pour son intervention en Afghanistan, les Etats-Unis ont renforcé leurs moyens d'action militaire dans des régions aussi vitales pour leurs intérêts que le golfe Persique. Ils ont cependant laissé parallèlement ouverte la voie des négociations, par exemple dans le secteur des armes stratégiques. Il s'agissait

ainsi simultanément de sanctionner l'intervention de l'URSS en Afghanistan et de la mettre en garde contre les conséquences possibles de toute autre action de ce genre. Après avoir décrit le cadre international de cette crise, j'en viens maintenant à la préoccupation majeure de la Commission des affaires étrangères: quelles en sont les répercussions sur les relations extérieures et sur la politique de sécurité de notre pays?

D'une manière générale, nous devons observer de façon très attentive l'évolution de ce qu'il est convenu d'appeler la politique de détente. Il est évident que la conception que nous avons de l'ordre et de la paix dans le monde diffère très sensiblement – certains diront fondamentalement – du concept de coexistence pacifique tel qu'il est entendu par l'Union soviétique. Même si ces notions doivent s'entendre dans le cadre d'un processus évolutif permanent, il n'en demeure pas moins que la poursuite de la détente n'est possible que s'il existe un accord fondamental sur un certain nombre de principes élémentaires de morale internationale à valeur universelle. D'un autre côté, nul ne peut raisonnablement souhaiter perdre l'acquis, si fragile soit-il, que nous a apporté la politique de ces dix dernières années: aucun Etat, en définitive, n'a intérêt à s'avancer davantage sur le chemin d'un retour à la guerre froide.

Pour l'Etat neutre qu'est la Suisse, la détérioration du climat international justifie l'attitude sceptique et sans illusions qu'elle a adoptée face aux quelques progrès de la coopération européenne, qu'elle a néanmoins accueillis avec réalisme. Nous devons rester vigilants et l'état actuel des relations internationales démontre qu'une défense nationale adaptée aux défis de la guerre moderne demeure, pour un pays comme le nôtre, une impérieuse nécessité.

C'est dans cette lumière que se place le problème de notre participation à la Conférence de Madrid. Dans la mesure où les tensions s'apaisent ou s'apaiseraient, où des progrès réels se dessinent ou se dessineraient, dans toutes les «corbeilles», dans la mesure encore où la conférence pourra passer en revue l'application de l'Acte final de façon réaliste et concrète, la conférence aura elle-même témoigné de son utilité, notamment dans le secteur des droits de l'homme et des contacts humanitaires.

Nous multiplions les contacts, évaluons sans cesse la situation qui se caractérise, vous me l'accorderez, par une grande mouvance.

D'ailleurs, la Conférence proprement dite sera précédée d'une réunion préparatoire au mois de septembre, qui permettra d'apprécier pleinement les chances de succès de la CSCE. La position de la Suisse sera alors définie après cette conférence préparatoire.

Je voudrais encore vous rappeler que ce forum – la CSCE – représente le seul lieu où la Suisse peut participer à la vie politique de notre continent tout entier, en présence des superpuissances et dans le plein respect de sa neutralité, et qu'elle y a quelques projets à défendre, notamment dans le domaine de l'information et du règlement pacifique des différends.

En tout état de cause, nous resterons très prudents et ne ferons rien qui puisse nuire à la poursuite des travaux de la CSCE, ni rien non plus qui traduirait de notre part une certaine naïveté. Il est exclu que la Suisse, que sa neutralité oblige à une grande réserve, joue un rôle pilote en l'occurrence. Je dis cette phrase à l'intention de M. Carobbio, qui voudrait voir notre pays prendre des initiatives pour favoriser la solution de la crise afghane et le dialogue des superpuissances. Ce n'est pas notre vocation: il n'incombe pas à la Suisse de prendre une telle attitude; en revanche, notre disponibilité à exercer nos bons offices est bien connue, mais elle obéit à des règles strictes. Quoique fait appel aux bons offices de la Suisse sera toujours reçu et nous lui garderons nos portes ouvertes.

J'en viens maintenant à la question relative au sort tragique des réfugiés d'Afghanistan.

Dès le mois de mai 1979, notre ambassadeur à Islamabad avait attiré notre attention sur le flot croissant de réfugiés qui franchissaient la frontière entre l'Afghanistan et le Pakistan et sur la situation matérielle précaire dans laquelle ils se trouvaient.

Sur la base des constatations d'une commission envoyée sur place par le Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés, un programme d'aide fut mis sur pied par le Haut-Commissariat lui-même. Celui-ci demanda aussi au gouvernement suisse une contribution pour l'achat de tentes et de couvertures. Il fut promptement fait droit à cette demande.

L'entrée des troupes soviétiques en Afghanistan a provoqué un nouveau mouvement massif de réfugiés vers le Pakistan. De 200 000 qu'ils étaient en septembre 1979, ceux-ci sont montés à plus de 500 000 à fin février 1980 et on s'attend à de nouvelles arrivées. Il va de soi que le Pakistan doit pouvoir compter sur une aide internationale pour faire face à un problème de cette ampleur.

A la suite d'une nouvelle demande du représentant du Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés à Islamabad, le Conseil fédéral accorda, à titre de don, une aide de 240 000 francs portant sur l'achat de tentes, de couvertures et de lait en poudre, envoi qui fut expédié avec des dons de la Croix-Rouge suisse et de Terre des Hommes Lausanne. En même temps, le Corps de l'aide suisse en cas de catastrophe à l'étranger a mis à disposition deux spécialistes pour assurer le transport de l'aide fournie par le Programme alimentaire mondial de l'ONU.

Le gouvernement pakistanais est en train de réorganiser l'infrastructure administrative pour l'aide aux réfugiés. On peut s'attendre à de nouvelles demandes de secours lorsque cette réorganisation sera menée à chef, demandes que nous examinerons avec bienveillance.

J'ajoute que diverses œuvres suisses d'entraide ont également apporté des contributions notables à l'œuvre de secours aux réfugiés afghans.

Pour ce qui est des relations de toutes sortes entre l'URSS et la Suisse, je rappellerai ce qui suit: conformément à la maxime d'universalité de notre politique étrangère, le Conseil fédéral ne considère pas qu'il approuve ou qu'il condamne la politique d'autres Etats par le simple fait qu'il échange ou n'échange pas des visites avec les membres de leur gouvernement. De tels contacts doivent répondre avant tout à des critères de nécessité et d'opportunité.

Les relations culturelles et sportives sont d'abord le fait d'organisations et de personnalités privées. Il en va de même avec les relations économiques entre la Suisse et l'URSS, qui restent modestes si l'on considère que moins de 2 pour cent de nos échanges totaux s'effectuent avec ce pays; elles sont conduites, sur la base des accords bilatéraux existants, par les milieux privés suisses intéressés. Si, d'une part, il n'est pas concevable que la Suisse, à cause de sa politique de neutralité, s'associe à des actions de boycottage promues par un ou plusieurs pays occidentaux, il est, d'autre part, souhaitable que nos entreprises ne profitent pas de la situation présente en prenant la place de fournisseurs traditionnels du marché soviétique dans des secteurs qui seraient touchés par des mesures restrictives à l'exportation décrétées par d'autres pays. Le Conseil fédéral, tout en tenant compte de l'important déficit suisse dans la balance commerciale bilatérale avec l'Union soviétique, qui était pour 1979 de l'ordre de 855 millions de francs, ne doute pas que les milieux privés suisses intéressés sauront avoir la retenue qui s'impose en pareilles circonstances. Par ailleurs, les relations économiques extérieures de la Suisse étant basées sur le principe de l'universalité, leur développement normal ne peut être assujéti aux velléités de la politique internationale.

En conclusion, je tâcherai de discerner quel enseignement nous devons tirer de cette affaire pour notre défense nationale et pour notre politique de sécurité. Une fois en-

core, les événements d'Afghanistan viennent nous rappeler que notre défense nationale doit rester constamment crédible et que la capacité de notre armée, garante de notre indépendance, doit être maintenue à la hauteur des tâches qui lui sont confiées. Il n'est pas possible d'admettre, en effet, et la crise actuelle nous le confirme très opportunément, que notre attitude à l'égard de la défense nationale et des moyens appropriés qu'il faut lui consacrer, puisse évoluer tantôt de manière négative, tantôt de manière positive, tantôt dans le doute, tantôt dans la confiance, au gré d'événements politiques internationaux tour à tour rassurants ou inquiétants sur lesquels nous n'avons, dans la plupart des cas, ni contrôle ni influence. Dans une situation internationale qui ne cessera sans doute de rester très mouvante et très incertaine, notre politique de sécurité doit pouvoir reposer sur une défense nationale constante et cohérente, qui ne peut s'improviser selon les vicissitudes de la situation internationale, mais qui doit, au contraire, demeurer une création continue. La paix et la prospérité dont bénéficie notre pays depuis de longues années ne doivent pas nous faire oublier les complexités et les dangers d'un monde dans lequel nous entendons défendre certaines conceptions des rapports internationaux et d'un ordre social et politique qui sont les nôtres. Si cette défense n'exclut nullement, bien au contraire, les efforts que nous pourrions déployer en vue d'une meilleure coopération internationale, elle implique aussi pour nous la nécessité de conserver à notre capacité défensive toute la force que nos moyens nous permettent.

Präsident: Die Präsidentin der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Frau Josi Meier, wird nun erklären, ob sie von der Antwort des Bundesrates befriedigt ist.

Frau Meier Josi: Den sehr verschiedenen Tendenzen, die in der Kommission vertreten sind, entspricht wahrscheinlich am besten die Formel der teilweisen Befriedigung. Ich möchte Ihnen jedenfalls Diskussion beantragen.

Präsident: Frau Josi Meier erklärt sich teilweise befriedigt und beantragt Durchführung einer Diskussion. Der Sprecher der PdA/PSA/POCH-Fraktion, Herr Carobbio, hat nun die Möglichkeit, sich seinerseits darüber auszusprechen, ob er von der Antwort des Bundesrates befriedigt ist.

M. Carobbio: Le groupe du Parti du travail, du Parti socialiste autonome et des Organisations progressistes ne peut pas se déclarer satisfait de la réponse du Conseil fédéral à son interpellation. En effet, le Conseil fédéral n'a pas pris d'engagements précis pour agir et contribuer à défendre la paix et relancer la détente. Dans ce sens, j'appuie la proposition de Mme Josi Meier pour une discussion générale.

Präsident: Herr Carobbio hat sich als nicht befriedigt erklärt. Er unterstützt den Antrag von Frau Meier auf Durchführung einer Diskussion. Auch Herr Baechtold hat einen gleichlautenden Antrag gestellt. Wir stimmen darüber ab. – Sie befürworten offensichtlich eine Diskussion.

Oehler: Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen im Namen der CVP-Fraktion zum ganzen Fragenkomplex folgende Erklärung abgebe: Wir waren empört, als wir gestern vernehmen mussten, dass sich die Sowjetbotschaft in unserem Land erfrechte, gegen unsere Stellungnahme zum Sowjet-einfall in Afghanistan und die Pressefreiheit in der Schweiz zu protestieren. Die Botschaft der UdSSR in der Schweiz und damit die Regierung der Sowjetunion vergessen, dass wir den Begriff der bewaffneten Neutralität nicht mit Gesinnungslumperei verwechseln. Vielmehr versuchen wir, mit dieser unserer Neutralität einen aktiven Dienst zur Erhaltung des Weltfriedens zu leisten. Dass wir deshalb mit einem Staat in Konflikt geraten, der seine Truppen in Marsch setzt, mit Panzern ein freiheitsliebendes Volk ge-

walttätig unterdrückt und damit den Weltfrieden aufs Schärfste gefährdet, liegt auf der Hand. Der Botschafter der UdSSR in unserem Land und mit ihm die Horde der KGB-Agenten in unserer Schweiz wären besser beraten, wenn sie sich für die Achtung der Menschenwürde und für die fundamentalsten Freiheitsrechte der Völker hinter dem eisernen Vorhang einsetzten, als uns einen Maukorb umzuhängen zu versuchen.

Unsere Fraktion verurteilt die gewaltsame Einverleibung von Afghanistan ins Sowjetreich aufs Schärfste. Wir lehnen es ab, unter dem Begriff der weltweiten Entspannungspolitik zum aussenpolitischen Dauerschlaf ermuntert zu werden, in dessen Ruhe die Sowjetunion dann ihre imperialistischen Ziele verfolgt. Wir verurteilen in diesem Sinne auch die Relativierung des Sowjeteinmarsches durch Herrn Carobbio beziehungsweise dessen Fraktion von heute morgen. Sie haben sich als billige Kulissenschieber betätigt, damit ihr Weltbild wieder ins Lot kommt. Kein Hund, Herr Carobbio, leckt die Tatsache weg, dass in Afghanistan die Sowjets die Freiheit eines Volkes mit Füßen treten. Das kann auch er mit seiner Kulissenschieberei und mit seinem intellektuellen Kraftakt nicht aus der Welt schaffen.

So schrecklich es klingen mag: Wir dürfen Afghanistan und dessen Unterjochung durch die Sowjetarmee nicht isoliert betrachten. Wir haben in unsere Ueberlegungen vielmehr auch die Vorgänge und die düstere Rolle der Sowjets in Afrika, beispielsweise Moçambique und Angola sowie Aethiopien, in Laos, Kambodscha und auch Vietnam, in den politischen Untergrundbewegungen Südamerikas sowie in der politischen Liebedienerei der Satellitenstaaten einzubeziehen. Der Schreckschuss, der mit der Invasion in Afghanistan abgegeben wurde, hat nicht nur die freie Welt aus der erhofften und wortreich angepriesenen Entspannungspolitik geweckt, sondern hat gleichzeitig einem ganzen Volk die Freiheit gekostet. Wir alle wissen, dass Afghanistan Tausende von Kilometern entfernt von uns und in Asien liegt. Dieser Umstand darf uns aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Sowjetunion mit ähnlichen Mitteln und unter totaler Missachtung der menschlichen Würde in Europa ungezählte Völker in Knechtschaft hält, Freiheitsbestrebungen in Ostdeutschland, in Polen, in Ungarn, in der Tschechoslowakei (um nur einige Beispiele zu nennen), mit brutalen Methoden unterdrückt, Bürgerrechtskämpfer deportiert, in psychiatrische Kliniken steckt oder in Prozessen verurteilt, welche eine Verhöhnung der menschlichen Würde bedeuten.

Die erbarmungslose Entschiedenheit, mit welcher die Sowjets ihre weltpolitischen Ziele verfolgen, erfordert von uns eine stete Wachsamkeit. Was gestern in Osteuropa und in Russland passierte, was sich heute in Afghanistan abspielt, kann morgen in Mitteleuropa abrollen und uns letztlich die Freiheit kosten. Gerade deshalb ist es von grösster Bedeutung, dass wir die Vertragstreue der Sowjets und den wahren Inhalt ihrer Politik kennenlernen. Politische Absichtserklärungen sowie Unterschriften unter politische Urkunden wie die KSZE-Schlussakte von Helsinki haben für die Sowjetunion nur solange Gültigkeit, wie sie der sowjetischen Aussenpolitik dienlich sind.

Es genügt nach unserer Ansicht indessen nicht, wenn wir heute die Sowjetunion wegen ihrer neuesten Gebietsvergrößerung anklagen, verurteilen und dann zur Tagesordnung übergehen. Mit ihrem Angriff auf die Meinungsäusserungsfreiheit in unserem Land hat die Sowjetunion gestern bewiesen, dass sie auch uns einzuschüchtern versucht. Gerade diese neueste Unverfrorenheit verlangt von uns, dass wir uns mit all jenen solidarisch erklären, welche unter dem sowjetisch-kommunistischen Joch zu leben haben und welchen die Menschenwürde so wie die Liebe und der Drang nach Freiheit die Grundlage für die Bildung und den Erhalt einer staatlichen Gemeinschaft schafft. Die militärische Invasion in Afghanistan ist kein politischer «Betriebsunfall», sondern brutaler Inhalt der Unrechtspolitik der Sowjets.

Wir erwarten vom Bundesrat, dass er

1. klar und unmissverständlich Stellung bezieht,
2. eine klare Abgrenzung zwischen Neutralität und Gesinnungslumperel vornimmt,
3. Massnahmen vorkehrt, die über den bloss verbalen Protest hinausgehen und
4. die Sowjetunion stets und immer wieder daran erinnert, dass sie in flagranter Art und Weise die Grundwerte und die Menschenwürde verletzt. Wir erwarten vom Bundesrat auch, dass er im Sinne der Disponibilität unserer Aussenpolitik alles unternimmt, damit dem einstmaligen freien Volk von Afghanistan seine Freiheit zurückgegeben werden kann.

Die Entwicklung in den vergangenen Monaten sowie unsere Wachsamkeit verlangen von uns nun, unsere militärische Verteidigungsbereitschaft derart zu modernisieren und auszubauen, dass wir allenfalls bereit sein können, unsere Freiheit und unsere Unabhängigkeit selbständig zu verteidigen. Hiezu erachten wir die Schaffung eines innenpolitischen Klimas als unabdingbar, dass unser Volk die Bedeutung und den Wert dieser Freiheit und Unabhängigkeit anerkennt und zu schätzen weiss; wie auch Freiheit, Unabhängigkeit und eigene Entfaltungsmöglichkeiten die Grundlagen für den weiteren Ausbau unseres Staates sind.

Alder: Namens der unabhängigen und evangelischen Fraktion gebe ich Ihnen vorweg folgende Erklärung ab. «Wir nehmen mit Abscheu und Empörung davon Kenntnis, dass die Sowjetunion einmal mehr ein unabhängiges Land mit brutaler militärischer Gewalt unterjocht. Erinnerungen an 1956 und 1968 werden in uns wach. Sie zwingen im Lichte des Ueberfalls auf Afghanistan zur nüchternen Feststellung, dass sich nichts, aber auch gar nichts geändert hat. Wir verwahren uns bei dieser Gelegenheit gegen die unverschämte Frechheit der Sowjetunion, beim Bundesrat zu intervenieren wegen der landesweiten Kritik am sowjetischen Vorgehen in Afghanistan. Wenn es in dieser Hinsicht eine sogenannte antisowjetische Kampagne in der Schweiz geben sollte, dann hätte sich die Sowjetunion diese selbst und ihrem eigenen unannehmbaren Verhalten zuzuschreiben. Man kann sich im übrigen nur wundern, dass die Sowjets so blöd sind, sich von einer solchen Intervention etwas Positives zu versprechen. Trotz der vielen Agenten kennen sie unser Land mit seinen Freiheiten und seinem Einsehen für das Recht in den internationalen Beziehungen offenbar immer noch nicht.»

Wir gehören nicht zu jenen, denen die Augen erst jetzt aufgegangen sind. Wir sind nicht überrascht. Wir haben die Bemühungen um die sogenannte Entspannung stets mit kritischer Anteilnahme verfolgt. Wir bekennen aber auch, dass uns das Gefühl, recht gehabt zu haben, nicht mit Genugtuung, sondern mit Bitterkeit erfüllt. Wir teilen die Auffassung von Herrn Oehler: Afghanistan ist kein Unfall. Afghanistan liegt in der Logik des sowjetischen Systems. Die Frage wurde wiederholt gestellt, was die Sowjets denn eigentlich dazu bewegen habe, das wilde, unzugängliche Bergland, grösser als Frankreich und die Benelux-Staaten zusammen, zu besetzen. Zum einen spielten geopolitische Ueberlegungen sicher eine wesentliche Rolle. Ein Blick auf die Landkarte genügt. Die Bedrohung des indischen Subkontinents, vor allem aber auch der europäischen Energieversorgung, ist manifest, die Absicht der Sowjetunion, ihre Macht ausserhalb ihres Imperiums zu mehren, nicht zu bestreiten. In dieser Hinsicht ist Afghanistan nicht mehr als ein Glied in der Kette einer Konzeption, die weit in die vorrevolutionäre, zaristische Zeit Russlands zurückreicht.

Dann darf man aber einen zweiten wichtigen Gesichtspunkt nicht übersehen. Der ganze südliche Gürtel der Sowjetunion mit seinen mohammedanischen Völkerschaften ist dem russischen Reich erst ab Mitte des letzten Jahrhunderts sukzessive einverleibt worden. Geschichtlich gesehen eine sehr kurze Zeit, vor allem auf dem Hintergrund der rund tausendjährigen islamischen Tradition in

jenem Gebiet. Von einer definitiven Konsolidierung dieser Eroberungen kann wohl nicht die Rede sein. Nun war und ist die Möglichkeit eines Uebergreifens der islamischen Reformbewegung, die mit der sowjetischen Staatsidee sicher wenig gemein hat, in diese südlichen Gebiete der Sowjetunion nicht von der Hand zu weisen. Mit der Besetzung des geostrategischen Scharniers Afghanistan trifft die Sowjetunion somit zwei Fliegen auf einen Schlag. Sie festigt ihre Macht und bündigt den islamischen Einfluss, und dies erst noch relativ risikolos.

Uns scheint der letzte Grund für den sowjetischen Gewaltakt fast noch bedeutsamer als der geostrategische. Es ging und geht offensichtlich nicht nur um Macht -- wirtschaftlich ist in Afghanistan ohnehin nichts zu holen --, sondern es geht auch um oder gegen Ideen, Ideen, welche geeignet sein könnten, den Machtanspruch des sowjetischen Staates, des sowjetischen Systems und seiner Herrscher über den Menschen zu unterminieren. Ob es sich nun um die säkularisierten westeuropäischen Vorstellungen von Menschenrechten oder die theokratischen Ideen der islamischen Reformbewegung handelt, die Folgen sind aus der Sicht des kommunistischen Systems für dieses selbst gleich negativ.

Wir befinden uns damit mitten in der Problematik der sogenannten Entspannung, mitten in der Problematik auch der KSZE. Ich wundere mich, mit welcher Selbstverständlichkeit nun von überall her erklärt wird, die Entspannung müsse weitergehen, weil es keine Alternative gebe. Im gleichen Moment, da der Widerstand eines freien, militärisch schwachen Volkes mit Napalm und Giftgas niedergelämpft wird! Welche Entspannung soll denn da eigentlich weitergehen? Ich zitiere Ihnen einen unverdächtigen Zeugen, den Sprecher der Sowjetunion anlässlich der Belgrader KSZE-Folgekonferenz vom Herbst 1977. «Was nun umfasst den Begriff der Entspannung?» fragte der sowjetische Delegierte Woronzow. «Das ist in erster Linie die Ueberwindung des kalten Kriegs», erklärte er, «einen Uebergang zu normalen, gleichmässigen Beziehungen zwischen den Staaten. Entspannung ist die Bereitschaft, Widersprüche und Streitigkeiten nicht mit Gewalt, nicht mit deren Androhung oder Säbelrasseln zu lösen, sondern mit friedlichen Mitteln am Verhandlungstisch. Entspannung, das ist sicheres Vertrauen und das Vermögen, mit den legalen Interessen beider Seiten zu rechnen.» Ich will nicht weiter davon reden, wie sehr die Aufrüstung in der Sowjetunion, wie sehr der sowjetische Druck auf Norwegen, auf Finnland, auf Rumänien, wie sehr die in Afghanistan demonstrierte Praxis sich von dieser Entspannungstheorie unterscheidet. Viel wichtiger ist die Erkenntnis -- und ich bin froh, dass Herr Bundesrat Aubert diese heute morgen namens des Bundesrates uns ebenfalls vorgebracht hat --, dass die sowjetische Entspannungsformel absolut nicht mit der westeuropäischen -- Abrüstung, Menschenrechte, menschliche Kontakte -- in Uebereinstimmung zu bringen ist. Und das bedeutet, wir müssen uns endlich leider alle zur Einsicht durchringen, dass die bisherige Konzeption der Entspannung gescheitert ist, gescheitert am erklärlichen, logischen, systemimmanenten Widerstand der Sowjetunion.

Wir setzen deshalb hinter die Opportunität der KSZE-Konferenz in Madrid, Herr Bundesrat Aubert, ein grosses Fragezeichen. Natürlich verstehen wir Ihre Ueberlegung, dass diese Konferenz für unser Land ein attraktives Forum ist, nachdem die Schweiz in der Europäischen Gemeinschaft nicht mitmachen und damit auch nicht mitsprechen will. Aber diese Ueberlegung kann doch nicht entscheidend sein. Entscheidend ist die Frage, welche Resultate diese weitere Konferenz überhaupt erbringen kann. Seien wir ehrlich: der Misserfolg ist eigentlich vorprogrammiert. Darüber werden auch noch so schön formulierte Erklärungen der Diplomaten nicht hinwegtäuschen können. Ein Staat, der nicht nur über die Machtmittel verfügt, sondern sie auch skrupellos einsetzt, wenn es um geostrategische Positionen und um die Bekämpfung ihm unangenehmer

Ideen geht, ein solcher Staat kann doch nicht mit wohlge-meinten Papieren zur Raison gebracht werden.

Steht nun aber fest, dass die Sowjetunion nicht bereit ist, systemfeindlichen Ideen Raum zu gewähren, weil das System sich selbst direkt bedroht sieht, kommen wir um eine weitere bittere Erkenntnis nicht herum. Gerade wenn wir etwas Wirksames gegen die drohende Kriegsgefahr unternehmen wollen, müssen wir – ich sage jetzt etwas ganz Gefährliches, aber ich sage es trotzdem –: müssen wir vermeiden, durch ein Forcieren des sogenannten dritten Korbs der KSZE – Menschenrechte, menschliche Kontakte – die bedrängten Despoten im Kreml zu Ueberreaktionen zu verleiten. Ich weiss, dass das eine unangenehme, eine unpopuläre, vielleicht sogar eine gefährliche Feststellung ist. Aber ich spreche hier von der Kriegsgefahr, die wir vermeiden sollten, und diese Erkenntnis stützt sich auch auf die Erfahrung, dass das Regime die ideologische Bedrohung eben der militärischen Bedrohung praktisch gleichsetzt, so sehr sogar, dass vor einer Aggression nicht zurückgeschreckt wird. Wir haben das beim Prager Frühling erlebt; wir haben das an andern Orten erlebt. Deshalb müssen wir uns wohl etwas anderes einfallen lassen. Wir müssen bescheidener werden.

Ich sehe drei Stossrichtungen:

1. Wir müssen der Sowjetunion klarmachen, dass weitere militärische Uebergriffe, etwa gegenüber Jugoslawien oder Finnland, Krieg bedeuten, genauso, wie ein Uebergriff auf unser Land Krieg bedeuten würde.
2. Wir müssen unsere Widerstandskraft erhöhen, und zwar sowohl militärisch wie wirtschaftlich und politisch.
3. Wir müssen unsere Beziehungen zur Sowjetunion überprüfen. Wir brauchen eine klare, massvolle und zurückhaltende, dafür feste Politik, deren Inhalt die Solidarität mit den Unterdrückten und gegen die Unterdrücker sein muss. Ausdruck dieser Solidarität ist der Boykott der Olympischen Sommerspiele. Wir dürfen dem Kreml nicht die gleiche Chance bieten, die 1936 Hitler geboten wurde. Ich würde mich für jede Medaille schämen, die unsere Leute aus der Sowjetunion heimbringen würden. Ausdruck der Solidarität ist weiter, auf den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion zu verzichten. Wir müssen verhindern, dass Boykottbestrebungen etwa der USA über unser Land unterlaufen werden können. (Glocke des Präsidenten) Und schliesslich: Wir müssen die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit Ländern wie Jugoslawien und Finnland ausbauen und den Afghanen in Pakistan unsere umfassende wirtschaftliche und menschliche Hilfe gewähren.

M. Gautier: Le groupe libéral m'a prié d'être son interprète dans ce débat.

La conscience politique dans notre pays, comme ailleurs, s'est brusquement réveillée de ses rêves de détente lors de l'invasion de l'Afghanistan par les troupes soviétiques et devant la reprise brutale de l'expansionnisme russe, accompagné des nouvelles et nombreuses violations des droits de l'homme, dont l'affaire Sakharov n'est que l'un des exemples les plus marquants. Ce qui nous surprend, ce ne sont pas tant ces faits, si menaçants soient-ils pour la sécurité de tous les individus et de toutes les nations, mais c'est l'étonnement qu'ils ont suscité dans le monde politique. On sait pourtant depuis toujours que les régimes totalitaires violent les droits de l'homme et il fallait une bonne dose de naïveté pour croire que la signature de l'Acte final d'Helsinki allait faire changer d'attitude le monde marxiste-léniniste. Il fallait aussi pas mal de naïveté pour croire aux déclarations des partis communistes européens, ou de certains d'entre eux, surtout après avoir entendu M. Carobbio tout à l'heure.

On sait aussi depuis 1917 que l'URSS continue la traditionnelle politique d'expansion qui a été celle de la Russie depuis des siècles. Bien sûr, depuis quelques années, cet expansionnisme avait pris une forme plus subtile. Les in-

terventions de l'URSS en Afrique, par Cubains interposés, étaient moins spectaculairement visibles. En outre, personne n'avait envie de voir la réalité, ni aux Etats-Unis, ni en Europe. Or, voilà qu'après ce que l'on a appelé «le coup de Kaboul», les Etats-Unis se sont réveillés, mais ce pays se trouve, hélas! dans une de ces années électorales où le président pense souvent plus à sa réélection qu'aux conséquences géopolitiques de ses décisions. Si M. Carter a commencé par des réactions spectaculaires, force est bien de reconnaître que ni les sanctions économiques, ni les menaces de boycottage des Jeux olympiques, ni l'envoi de quelques porte-avions et de 1800 «Marines» dans la région n'ont provoqué le moindre retrait soviétique. La politique de la canonnière ne paie plus. Bien au contraire! L'armée soviétique poursuit la mise au pas des résistants afghans – ceux que M. Carobbio accusait tout à l'heure d'être des mouvements subversifs – avec une violence et des moyens accrus, n'hésitant à employer, à l'exception de l'arme atomique, aucun des moyens de destruction biologique ou chimique que la technique moderne a mis à disposition des armées. C'est une guerre particulièrement cruelle qui se déroule en Afghanistan, cruelle comme toutes les guerres, certes, mais d'autant plus cruelle qu'il s'agit de l'écrasement d'un petit pays courageux par une grande puissance qui n'a jamais reculé devant les moyens les plus abominablement efficaces pour soumettre les nations et les individus. D'où l'indignation générale, non seulement des Etats-Unis, mais de l'Europe, des pays non alignés, des neutres. D'où les condamnations parties des Nations Unies, de la Conférence d'Islamabad, du Conseil de l'Europe, d'où la protestation très mesurée du Conseil fédéral. Il n'est pas besoin de dire que notre groupe et notre parti partagent ces indignations et condamnent sévèrement l'inqualifiable agression perpétrée par une superpuissance contre un petit pays. En outre, cette superpuissance ne craint pas de protester contre les réactions légitimes de l'opinion publique helvétique – M. Oehler y a fait allusion tout à l'heure, je n'y reviens que pour remercier le Département des affaires étrangères d'avoir obtenu le retrait de la note déposée hier par l'Ambassade d'URSS.

Mais passées ces nécessaires protestations et condamnations, dont nous ne sous-estimons pas la portée morale, que peut-on faire? Les Etats-Unis semblent chercher leur deuxième souffle, après la vivacité de leurs premières réactions. L'Europe occidentale est tiraillée entre son désir de suivre l'attitude américaine et sa crainte de perdre des marchés en Europe de l'Est. La Grande-Bretagne, peut-être la République fédérale, semblent prêtes à soutenir la position américaine, même si c'est avec quelques réserves. La France, plus que jamais, cherche une solution qui démontre sa totale indépendance des autres pays occidentaux. Il n'y a pas de ligne commune des pays démocratiques devant cette reprise de l'agressivité soviétique, comme pendant trop longtemps il n'y avait pas de ligne commune devant l'agressivité hitlérienne. On en connaît le résultat.

L'Organisation des Nations Unies, malgré sa protestation, a été totalement impuissante devant cette agression, «incapable», Monsieur le Conseiller fédéral, comme vous l'avez dit tout à l'heure, «de faire triompher le droit sur la force». Tout comme l'Organisation des Nations Unies a été impuissante à Téhéran, d'où sa commission d'enquête vient de rentrer après un échec retentissant qui ne relève certes pas le prestige de cette organisation, ni sur le plan international ni devant le peuple suisse, Monsieur le Conseiller fédéral.

Tout cela nous paraît extrêmement grave pour l'équilibre géopolitique, pour la paix, pour l'indépendance des petites nations. Cela signifie-t-il que nous devons renoncer, baisser les bras, admettre que les hommes et les nations sont incapables de cesser leurs massacres, leurs tortures et leurs violences, chaque jour plus meurtrières et plus cruelles? Nous ne le pensons pas. Nous croyons que dans

ce domaine, même un petit pays comme le nôtre peut jouer un rôle. Même si sa voix est faible dans le concert des nations, même si, et peut-être parce que, nous ne sommes pas membre de l'Organisation des Nations Unies. Notre neutralité nous interdit nombre de mesures, entre autres les sanctions économiques. Notre système démocratique nous défend d'interdire à nos athlètes de participer aux Jeux olympiques. Devrions-nous cependant le leur conseiller? J'avoue mes hésitations à ce sujet. Si j'étais personnellement candidat au voyage à Moscou, je n'irais pas. Comme homme politique, je ne me sens cependant pas le droit de décider pour les candidats. Il s'agit d'un problème de conscience que je laisserais à l'appréciation de chaque candidat au voyage à Moscou, quel que soit du reste le motif de son voyage. Bien entendu, il faudra aussi tenir compte de l'avis des associations sportives et de l'attitude des autres pays européens.

Peut-être avons-nous cependant d'autres moyens d'action de notre neutralité active. Nous ne saurions évidemment agir seuls, mais nous avons tout d'abord nos alliés naturels, les autres neutres européens. Ensuite nous sommes Européens, et cela devrait nous permettre de tenter certaines initiatives, par exemple au Conseil de l'Europe. En outre, dans le domaine des droits de l'homme, la Conférence de Madrid, qui doit avoir lieu et où nous devons être présents, devrait nous permettre de relancer certaines initiatives dont vous avez parlé tout à l'heure, Monsieur le Conseiller fédéral. J'y ajouterai peut-être les conventions concernant la torture. Après tout, c'est de notre pays qu'est partie la Croix-Rouge qui, depuis cent vingt ans, a soulagé bien des maux et des injustices.

Enfin, je voudrais conclure, Monsieur le Conseiller fédéral, en disant que l'inquiétude que provoque chez nous la situation internationale nous pousse à demander un renforcement de notre politique de sécurité. Je ne parle pas seulement de la politique militaire – ce que vous nous avez dit tout à l'heure à ce sujet, Monsieur le Conseiller fédéral, nous a pleinement satisfaits – mais je pense aussi à notre sécurité diplomatique. Sommes-nous en mesure d'affronter une crise internationale sérieuse avec le personnel dont nous disposons? La réorganisation de votre département, les nombreuses mutations qui vont s'y produire, ne vont-elles pas l'affaiblir pour une période transitoire, même si par la suite il en sort renforcé? Ne voyez pas là, Monsieur le Conseiller fédéral, une critique. Je suis médecin, je sais qu'il faut parfois affaiblir un patient par une opération pour que celui-ci en sorte d'autant plus fort. Mais pendant cette période critique, il faut soutenir ce patient. Votre département a-t-il les moyens de ce soutien?

Telles sont les réflexions que nous inspire la situation actuelle. Comme vous, Monsieur le Conseiller fédéral, et contrairement à M. Carter, je ne crois pas que ce soit là la situation la plus grave depuis 1945, mais c'est une situation inquiétante, tant par la gravité des événements, les dangers que court l'équilibre géopolitique à la suite de l'agression soviétique, la cruauté de la guerre afghane, les violations de plus en plus fréquentes des droits de l'homme et du droit des gens, que par le manque d'unité et d'efficacité des réactions des pays démocratiques. C'est peut-être cette incapacité à résister, à empêcher l'agression de se développer qui me paraît le fait le plus inquiétant pour l'avenir. Nous sommes à un moment où l'on peut encore réagir, il ne faut pas que le monde libre attende pour le faire que le recours à la force brutale soit devenu la seule issue possible.

Reichling: Im Namen der Schweizerischen Volkspartei möchte ich Ihnen sagen, dass wir nicht der Auffassung sind, dass über diese Situation hier in diesem Parlament noch sehr lange Worte gewechselt werden sollten. Ich bin der Auffassung, dass die Situation für uns Schweizer klar ist. Das ist jetzt auch vom Bundesrat zum Ausdruck gebracht worden. Auch wir verurteilen aufs schärfste den brutalen Angriff der Sowjetunion auf ein kleines, freiheits-

liebendes Volks, das in keiner Weise irgendeine Gefahr für seine Nachbarn darstellt.

Wir erkennen aber auch, dass unsere eigenen Möglichkeiten, um hier in diese Machtpolitik einzugreifen, ausserordentlich beschränkt sind. Auch das geht aus den Ausführungen des Bundesrates hervor. Wir glauben aber trotzdem, dass unsere Stimme nicht überhört wird, wenn wir klar unsere Meinung zu diesem Geschehen zum Ausdruck bringen. Dass unsere Stimme nicht überhört wird, geht auch aus dem sowjetischen Protest hervor, der offenbar gestern beim Departement eingetroffen ist. Ich glaube, hier muss die Regierung der Sowjetunion zur Kenntnis nehmen, dass es nicht um eine Agitation unserer Massenmedien geht, sondern dass hier die klare Meinung des Schweizer Volkes zum Ausdruck gebracht wird, wenn dieser Einmarsch aufs schärfste verurteilt wird.

Die Konsequenzen für uns sind auch hier vom Bundesrat klar gezogen worden. Es kann für uns nur heissen, mit aller Standhaftigkeit an unseren Prinzipien der Sicherheitspolitik festzuhalten, insbesondere auch die Aufrechterhaltung einer starken Wehrbereitschaft. Die militärischen Ereignisse in jenem Lande zeigen, dass eine reine Infanterietruppe gegen eine Invasion mit Panzerkräften selbst in einem Gebirgsland keine Chancen auf einen wirklichen Erfolg hat. Ich glaube, diese Konsequenzen müssen wir für unsere Landesverteidigung erneut wieder zur Kenntnis nehmen und entsprechend an unseren bisherigen Vorstellungen festhalten.

Die Ereignisse zeigen aber auch, dass die Sicherheit aller kleinen Länder auf der Welt bedroht ist, und dass sie Gefahr laufen, unter der Machtpolitik der Grossmächte zu leiden. Wir sind also damit auch selbst tangiert. Wir müssen es auch in Zusammenhang bringen mit der Angst, die teilweise gegenwärtig aus Aeusserungen in Jugoslawien durchbricht. Auch dieses Land fürchtet sich vor möglichen Interventionen, wie sie in anderen europäischen Ländern bereits erfolgt sind. Das alles kann uns nicht ruhig lassen. Ich möchte deshalb den Bundesrat sehr bitten, bei allen Möglichkeiten auf diplomatischem Weg – auch bei Konferenzen – diesen Standpunkt unseres neutralen Landes klar zum Ausdruck zu bringen und durchaus von unserer Seite die Bemühungen fortzusetzen, die neutralen und blockfreien Länder auf einen gemeinsamen Kurs der Nichteinmischung zu vereinigen.

Ein Wort noch zur Frage der Olympischen Spiele: Ich teile die Auffassung, dass es nicht Aufgabe unseres Staates ist, zu entscheiden, ob die Schweiz an den Olympischen Spielen teilnimmt oder nicht teilnimmt. Was mich persönlich viel mehr interessieren würde, ist, welcher Schweizer Sportler es als geeignet und ratsam hält, an sogenannten freundschaftlichen Spielen in einem solchen Lande teilzunehmen, dessen Truppen gleichzeitig ein Nachbarvolk knebeln und zu Paaren treiben. Ich hatte selbst vor vielen Jahren Gelegenheit, an Olympischen Spielen teilzunehmen. Ich konnte dort die freundschaftlichen Kontakte selbst erleben. Es wäre mir heute ein Greuel, an solchen Spielen teilnehmen zu müssen, die unter solchen aussenpolitischen Verhältnissen durchgeführt werden. Ich bin aber durchaus der Auffassung, dass hier die Schweizer Sportler selbst eine klare Antwort erteilen können.

Im gleichen Zusammenhang mit diesen Ereignissen hat die Schweizerische Volkspartei in einer Interpellation Auskunft verlangt über die Tätigkeit der übersetzten Diplomatengruppen hier in unserem Lande. Wir sind der Auffassung, dass wir all diese Ereignisse in einem Zusammenhang sehen müssen. Dieser Zusammenhang erfüllt uns mit Besorgnis, und wir erwarten vom Bundesrat und auch vom Parlament, dass wir uns hier mit der nötigen Klarheit und Standhaftigkeit für unsere Unabhängigkeit und Freiheit wie auch für die Unabhängigkeit und Freiheit der befreundeten Völker einsetzen.

M. Baechtold: Sans doute la Russie soviétique, en favorisant pour des années la substitution d'un dirigeant afghan par un autre qui lui soit plus acquis, est-elle tombée elle-

même dans un piège et son agression, déconseillée par certains des siens, je l'imagine, mais dictée par d'autres pensant pouvoir mâter un peuple, est-elle devenue un piège aussi.

Sans doute les Etats-Unis, aujourd'hui très frappés par cette agression soviétique sur le golfe Persique, qui met en jeu leur approvisionnement en pétrole, ont-ils montré plus d'indifférence lorsque seuls étaient en jeu les intérêts humains. Je songe à la Pologne martyre, à la Hongrie, au printemps de Prague. Et le président Carter, sans doute aussi, lorsqu'il a déclaré récemment qu'en deux jours de guerre afghane, il en avait plus appris qu'en trois ans de présidence, a-t-il oublié ce qui se passe en Amérique du Sud, au Brésil, au Chili ou en Argentine, sur le plan de l'atteinte aux droits de l'homme.

Sans doute encore, ce ne devrait pas être aux Etats-Unis de nous dicter notre conduite, en l'occurrence, mais à nous de leur demander compte du partage du monde imposé à l'Occident, au terme des Conférences de Yalta et de Potsdam.

Et sans doute la cause américaine est-elle entachée, je l'admets, de scories économiques, avec son dollar, seule unité de référence monétaire, son dollar flottant, puis fondant, désarticulant le système monétaire international, au préjudice de l'industrie et de l'épargne européennes.

Sans parler du souci – je l'admets – des Etats-Unis de se procurer, à moindre prix et dans leur monnaie suspecte, pétrole et matières premières dont l'ensemble du monde a besoin.

Sans doute ont-ils aussi contribué à créer – hélas! avec nous – dans les pays du tiers monde cet «état de violence», selon le mot de Dom Helder Camara, cet état de détresse qui appelle le communisme.

Sans doute enfin, d'autres foyers de guerre existent, à part l'Afghanistan; au Moyen-Orient, en Afrique australe, dans le Sud-est asiatique, et est-ce à juste titre que le chef de notre Département des affaires étrangères a donné des instructions dans le cadre de notre neutralité pour que rien ne soit entrepris qui puisse susciter directement ou indirectement un nouveau conflit mondial.

Et j'aurais beau jeu aussi de dénoncer l'hypocrisie de certaines protestations contre la Russie soviétique venant de milieux d'affaires qui, dans le même temps, quémandent des contrats au-delà du rideau de fer; de dénoncer enfin le parti que la droite va tenter de tirer des événements d'Afghanistan pour engager – je cite le mot du Conseil fédéral – brusquement et improviser sous le coup de l'émotion, un programme extraordinaire d'armement, programme hautement suspect d'ailleurs, car, là aussi, nos fabricants d'armes sont à l'affût.

Comme socialiste, je ne suis pas dupe de tout cela mais, précisément, en Europe – j'allais dire en Europe socialiste – placée entre ces deux forces froides que sont le régime soviétique et le capitalisme débridé des Etats-Unis, précisément en Europe qui a aussi sa responsabilité dans l'absence d'un dialogue Nord-Sud, précisément dans cette Europe, un petit pays comme la Suisse, qui assisterait, de plus, sans protester, à l'agression d'un autre petit pays pacifique, sans s'indigner, sans dire un mot, eh bien! je pense que ce petit pays-là n'aurait plus sa place dans l'histoire. Si – ce qui, j'espère, ne se passera pas – il devait nous arriver malheur un jour, que dirions-nous de ceux qui, dans le monde, pour tout commentaire, en appelleraient à la résignation générale? Pareillement, la diplomatie d'un petit pays qui, devant le malheur d'un autre, se tairait ou affirmerait seulement qu'il ne faut pas dramatiser, cette diplomatie-là n'aurait que faire, à mon sens, à l'avenir, dans les palabres de paix, que ce soit à Helsinki, à Madrid ou ailleurs.

Voilà pourquoi, socialiste, je suis heureux que notre Commission des affaires étrangères ait été unanime à appuyer ma suggestion d'un débat au Parlement qui condamne l'agression soviétique et dise à nos amis afghans que nous sommes tous à la condamner.

Quant aux Jeux olympiques, si le président Carter s'était contenté de donner un mot d'ordre aux athlètes de son pays et non au reste du monde, il nous serait plus facile de formuler des vœux à l'égard de nos propres athlètes. Je ne pense pas qu'il faille de grandes explications si on ne veut pas se rendre à l'invitation d'un pays dont l'armée en massacre un autre. C'est une question de conscience personnelle.

Fin de cette parenthèse.

Donc, nous devons protester contre l'agression de l'Afghanistan. Je vais plus loin et déclare que nous devons tout mettre en œuvre pour ne pas accélérer la progression d'agresseurs possibles en direction d'autres peuples déshérités. Et là, je reprends le début de mon exposé: face au tiers monde, nous faisons la part belle aux Soviétiques.

Je rappelle mon intervention passée, ici, pour protester comme membre alors de la Commission du commerce extérieur, contre le rôle qu'on a fait jouer à la Suisse – au travers d'un ancien chef du Département de l'économie publique – au sein d'une commission d'experts chargée par l'ONU d'élaborer une éthique pour les sociétés multinationales, rôle suisse que les Etats du tiers monde ont peu goûté. Sur ce point, notre politique étrangère devrait se montrer plus sévère et plus vigilante. Le tiers monde attend plus la justice que la charité. Et à ce sujet, avant la Conférence de Madrid, j'attends la réaction du Département des affaires étrangères sur ce document capital pour la paix qu'est le rapport final de la Commission indépendante des problèmes de développement international, ICIDI, que son président Willy Brandt a présenté le 12 février dernier à M. Kurt Waldheim, programme qui envisage notamment le transfert de ressources aux pays en voie de développement, l'élaboration d'une stratégie énergétique et d'un système d'imposition mondial, et le renforcement aussi de la surveillance en matière de commerce international.

Pour en revenir à l'Afghanistan, cela n'a pas été ma moindre surprise – comme je pense celle de beaucoup de voyageurs de cette salle – d'entendre, ici ou là, sur les ondes françaises ou ailleurs, le jugement de personnes sur un peuple qu'elles ne connaissent pas, sur des payesses qu'elles n'ont pas vus, sur des mœurs dont elles ignorent tout.

Et j'imagine qu'il en est ainsi de beaucoup de peuples éprouvés, dont on juge les mérites sans même en connaître l'histoire. M. Aubert, conseiller fédéral, a justement dit un mot de cette histoire. Comme elle est allée au peuple de la Palestine, ma pensée fraternelle va donc en cette minute au peuple d'Afghanistan.

Friedrich: Die Interpellation fragt zu Recht nach den Schlussfolgerungen für die auswärtigen Beziehungen und die Sicherheitspolitik der Schweiz. Das ist die zentrale Frage für die FdP-Fraktion. Richtige Schlussfolgerungen setzen aber eine richtige Lagebeurteilung voraus, und ich empfinde die Lagebeurteilung des Bundesrates nicht in jeder Beziehung als richtig. Sie hat meines Erachtens wohl positive Elemente; sie ist mir aber in entscheidenden Punkten zu wenig klar, und ich glaube namentlich, dass in einer solchen Situation Leisetreterei auch für eine Regierung die falscheste Reaktion gegenüber einer aggressiven Machtpolitik ist. Solche Leisetreterei würde überdies die Gefahr in sich bergen, dass wir uns selber Sand in die Augen streuen und so zu falschen Schlussfolgerungen kommen. Das gilt zunächst für das Thema der Entspannung selber. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, dass man in der Sowjetunion Entspannung anders versteht als wir. Herr Breschnjew hat höchst persönlich auf diese Tatsache immer wieder hingewiesen, wenn er sagte, dass die Entspannungspolitik kein Ende des internationalen Klassenkampfes bedeute, und internationaler Klassenkampf heisst faktisch Ausdehnung der Sowjetmacht. Sowjetpolitik ist also Machtpolitik. Das ist der entscheidende Punkt.

Man muss die Folgerungen daher deutlicher formulieren, als es die Interpellation tut. Entspannungspolitik allein bietet keine Sicherheit. Sie ist zwar meines Erachtens – und da bin ich in einem gewissen Gegensatz zu Herrn Alder – durchaus sinnvoll; denn wohin führt eine ständig steigende Spannung? Aber sie ist nur dann realistisch, wenn sie auf einem machtmässigen Gleichgewicht aufbauen kann. Entspannungspolitik ist also entgegen einem weit verbreiteten westlichen Irrtum nicht Ersatz für Sicherheitspolitik; realistische Entspannungspolitik setzt Sicherheitspolitik voraus. Ich freue mich, dass Herr Bundesrat Aubert das gesagt hat. Man müsste allerdings auch noch die Konsequenzen daraus ziehen; denn ohne diese Konsequenzen ist Entspannungspolitik einfach eine andere Bezeichnung für den eigenen Weg zum Untergang. Ich sage das auf die Gefahr hin, den Herrn Botschafter der Sowjetunion zu einem weiteren Protest gegen Parlamentarier zu veranlassen und erlaube mir, daran zu erinnern, dass vor 40 Jahren schon ein anderer Diktator gegen unsere Presse protestiert und Massnahmen gefordert hat. Man hat schon damals gewisse Chefredaktoren in die Steppen Asiens verschicken wollen. Es gibt also auch da nichts Neues unter der Sonne. Und Sie täuschen sich, Herr Botschafter, wenn Sie glauben, dass Sie uns mit solchen Floskeln einschüchtern könnten. Wir sind zwar nur ein Kleinstaat, aber wir sind noch nicht «finlandisiert». Wir werden gegenüber der Arroganz der Macht mit aller Festigkeit auftreten.

Was will eigentlich die Sowjetunion? Ich glaube, die Sowjetunion will zurzeit nicht die grosse Konfrontation; sie scheut dieses Risiko noch. Aber mir scheint, dass Afghanistan einen ausserordentlich typischen Zug der Sowjetpolitik wieder hat deutlich werden lassen, nämlich dass sich die Sowjets bei Gelegenheit in jedes Machtvakuum vorschieben. Herr Botschafter Bindschedler hat das jüngst mit dem Spruch formuliert: «Gelegenheit macht Diebe.» Die Folgerung geht dahin, dass wir das Unsere tun müssen, damit in Europa und namentlich bei uns kein solches Machtvakuum entsteht. Es ist natürlich auch nicht zufällig, dass die Jugoslawen und sogar die sehr exponierten Rumänen heute bei jeder Gelegenheit ihre Abwehrbereitschaft betonen und dass sogar im sehr pazifistischen Oesterreich die Landesverteidigung in letzter Zeit einen höheren Stellenwert erhalten hat.

Da wäre vielleicht nun das Stichwort «Friede» aufzunehmen, das bezeichnenderweise Herr Carobbio in die Diskussion geworfen hat. Nicht wahr, Herr Carobbio, wir alle wollen den Frieden. Aber wir wollen nicht denselben Frieden wie die Sowjetunion. Wir wollen nicht den Frieden der Panzer und Kampfhelikopter, des Giftgases und des Napalms, mit denen man jetzt in Afghanistan eine widerspenstige Bevölkerung vernichtet, damit dann endlich der Friede des Friedhofes erreicht werde, sondern wir wollen einen Frieden in Unabhängigkeit, und einen solchen Frieden können Sie nicht auf einer Position der Schwäche und der Nachgiebigkeit gründen.

Noch eine weitere Ueberlegung: die Präsidentin der Kommission hat darauf hingewiesen, dass die Sowjetunion in Afghanistan erstmals mit eigenen Truppen über den Bereich des Warschapaktes hinausgegangen ist. Das bedeutet, dass sie offenbar bereit ist, ein erhöhtes militärisches Risiko einzugehen. Die Folgerung ist die, dass man auch in Europa mit erhöhter Risikobereitschaft der Sowjetunion rechnen muss. Das gilt wohl noch aus einem andern Grunde. Weil zwischen den Supermächten im nuklearstrategischen Bereich Parität besteht, ist der strategische Schutz der amerikanischen Nuklearwaffe problematisch geworden. Das bedeutet, dass die konventionellen Streitkräfte um so bedeutungsvoller geworden sind, genau jene Streitkräfte also, bei denen die Sowjetunion die grösste Ueberlegenheit aufweist. Man muss auch da etwas deutlicher werden als die Interpellationsantwort. Der Bericht zur Lage, der an die beiden Militärkommissionen gegangen ist, weist auf eine eher bedenkliche Entwicklungslinie hin. Es ist nämlich durchaus möglich, dass in den nächsten Jah-

ren in Ländern des mittleren Ostens und auch in Jugoslawien gewisse Destabilisierungsprozesse, sogar eigentliche Zerfallserscheinungen eintreten könnten und dass sich dann für die Sowjetunion eine weitere Gelegenheit bietet, einen nächsten Schritt in ihrer Expansionspolitik zu tun. In allen diesen Fällen wäre selbstverständlich auch die Schweiz in höchstem Masse mitgefährdet, sei es direkt im Falle Jugoslawien, sei es indirekt im Falle des Mittleren Ostens durch Rückwirkungen auf Europa.

Herr Bundesrat Aubert hat zu Recht und erfreulicherweise von Konsequenzen gesprochen, die man aus dieser Situation sicherheitspolitisch ziehen muss, aber man sollte von diesen Konsequenzen nicht nur sprechen, sondern sie entgegen den Regierungsrichtlinien wirklich ziehen.

Was sollen wir als Kleinstaat tun? Wenn wir langfristig über die verhängnisvolle Alternative zwischen schrittweiser Unterwerfung unter den sowjetischen Imperialismus einerseits und Krieg andererseits hinwegkommen wollen, müssen wir von der Voraussetzung ausgehen, dass auch der sowjetische Totalitarismus von verschiedenen Seiten her einem Auflösungsprozess unterliegt. Auch dieser Totalitarismus ist nicht für die Ewigkeit gebaut. Inzwischen müssen wir Zeit gewinnen; wir müssen verhängnisvolle Entwicklungen verhindern, und wir müssen darauf achten, dass nichts Unwiderrufliches geschehen kann. Das erfordert zweierlei:

1. Zuerst müssen wir stark genug sein – das gilt für uns und gilt natürlich für Westeuropa insgesamt –, damit kein Machtvakuum entsteht, in das die Gegenseite hineinstossen kann.

2. Gesamteuropäisch müssen wir von einer Position des Machtgleichgewichtes, das wieder aufzubauen wäre, und nicht von einer Position der Schwäche aus aktiv die Aufweicung der Fronten betreiben. Wir müssen zu diesem Zwecke im Gespräch bleiben. Unter diesem Gesichtspunkt halte ich auch die KSZE-Folgekonferenz für etwas Positives. Ich betrachte diese Politik im Augenblick als unsere einzige Möglichkeit, im Sinne einer gewissen Offensive zu wirken, und es schiene mir falsch, dieses Instrument aus der Hand zu geben. Auf diesen beiden Linien muss auch die Politik unseres eigenen Landes liegen.

Ott: Eine Vorbemerkung: Ich will jetzt nichts wiederholen von dem, was an Analyse und Verurteilungen schon ausgesprochen worden ist, aber ich darf doch – und damit ergreife ich das Wort für unsere ganze sozialdemokratische Fraktion – daran erinnern, dass die Sozialdemokratische Partei der Schweiz sogleich und mit aller Schärfe die Intervention in Afghanistan verurteilt hat, und dies auch einmütig mit allen Parteivorsitzenden der Sozialistischen Internationale, die sich zu jener Zeit in Wien versammelt hatten.

Jetzt aber lassen Sie mich mein Votum konzentrieren auf einen einzigen Punkt, nämlich die KSZE. Es liegt mir daran, hier zu betonen, dass auch nach Afghanistan das Wort Entspannungspolitik kein schlechtes, negatives Wort – auf englisch würde man wohl sagen «a dirty word» – werden darf. Mit dem Wort «appeasement» ist das ja nach München 1938 passiert. Vielleicht tönt heute «Entspannungspolitik» für manches Ohr so schwer belastet, dass man versucht ist, das Wort auszuwechseln. Aber die recht verständene Sache, die damit gemeint ist, dürfen und können wir nicht auswechseln und verleugnen. Man wird vielleicht realistischer künftig statt von Entspannungspolitik von einer Politik des Dialogs sprechen, eingedenk dessen, dass ein Dialog auch hart sein kann und unter Umständen sein muss. Ich freue mich, mich darin für einmal in Uebereinstimmung mit dem Ratskollegen Herrn Friedrich zu finden, der soeben hier betont hat, Entspannungspolitik sei legitim, aber Entspannungspolitik sei nur auf der Grundlage von Sicherheitspolitik möglich. Gerade in einer Situation erhöhter Spannung wird man jede Gelegenheit zum Dialog suchen und nutzen müssen; denn das Gespräch ist allemal zum mindesten ein Sicherheitsventil. Selbst wenn

lange Verhandlungen fürs erste nichts erbringen, so ist es allein schon wertvoll, dass man sich überhaupt zu Verhandlungen entschliessen kann, dass man überhaupt entschlossen ist, das Gespräch fortzusetzen. Gespräch heisst Suchen des persönlichen Kontakts. Im persönlichen Kontakt liegt ein nicht zu unterschätzendes Element der Sicherheit. Ich darf dazu zur Abwechslung einmal einen ausländischen Staatsmann, der noch lebt, zitieren. Helmut Schmidt hat kürzlich in einem Interview im Zusammenhang dieses Komplexes Afghanistan-Entspannungspolitik folgendes gesagt: «Ich will nur sagen, dass ich persönliche Beziehungen für ungeheuer wichtig halte, auch damit man weiss, damit man im Gefühl hat, wie der andere, weil man ihn kennt – und nur wenn man ihn kennt, kann man's im Gefühl haben – wohl in bestimmten Situationen reagieren würde. Ich halte persönliche Kontakte in der heute so klein gewordenen Welt für sehr wichtig ...»

Ich halte das für klarsichtig, und dies entspricht ja übrigens auch genau derjenigen Erfahrung, die wir selber im innenpolitischen Bereich ständig machen.

Es ist ratsamer und realistischer und es ist auch sicherer, in der Politik auf allen Ebenen den Mitspieler oder Gegenspieler im politischen Kräftespiel (und in der Politik suchen wir uns ja nicht wie beim Jassen die Mitspieler selber aus, sondern sie sind uns vorgesetzt) als Menschen zu betrachten, als «Mensch in seinem Widerspruch», um mit Conrad Ferdinand Meyer zu reden, und ihn niemals als einen auf grundsätzliche Bosheit programmierten Roboter zu sehen, mit dem jedes Gespräch vergeblich ist.

Die KSZE ist, das ist durch Herrn Bundesrat Aubert und andere Sprecher betont worden, derjenige Ort, wo auch unser Land bei dieser grossen Aufgabe der Erhaltung des prekären Weltgleichgewichtes seinen bescheidenen Beitrag leisten kann. Es wäre eine kurzsichtige, eine kurzschlüssige Reaktion, aus Protest diese Möglichkeit einfach fahrenzulassen, wie das einzelne Parteiverlautbarungen gefordert haben. Der Bundesrat und namentlich der Chef des Departements für Auswärtige Angelegenheiten sind zu beglückwünschen für die Festigkeit, mit der sie solchen unüberlegten Reaktionen in Sachen KSZE sofort widersprochen haben. Es ist zu hoffen, dass der sogenannte Plan Bindschedler nicht der letzte konstruktive Beitrag unseres Landes im Rahmen der KSZE sein wird.

Frau **Mascarin**: Die POCH hat das Einsetzen der sowjetischen Truppen in Afghanistan bereits eindeutig kritisiert. Der Sinn einer Debatte in diesem Rat ist unserer Meinung nach der Versuch, einen Weg zu finden, wie die Schweiz aktiv einen Beitrag leisten kann zur Entspannung und zur Friedenssicherung in einer Zeit, wo militärische Auseinandersetzungen weiterhin üblich und eine verschärfte Konzentration zwischen den Grossmächten möglich sind. Diese Konfrontation ist ein Ausdruck des massiv verschärften Kampfes um die Rohstoffe, insbesondere um das Erdöl. Es gibt für die Schweiz als Kleinstaat einen realistischen Weg, einen Beitrag zu leisten zu dieser Friedenssicherung in der heute hier zur Diskussion stehenden Region. Bereits im August 1976 wurde auf der fünften Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Colombo die einmütige Forderung erhoben, der Indische Ozean und die umliegenden Staaten, zu denen auch Afghanistan gehört, seien in eine «Zone des Friedens» umzuwandeln, und zwar durch internationale sicherheitspolitische Anstrengungen. Es entspricht dem Interesse der Schweiz, diese Politik zu unterstützen. Die gleiche Forderung wurde übrigens auch für den südostasiatischen Raum und das Mittelmeer erhoben. An der sechsten Blockfreien-Konferenz in Havanna vom August 1979 wurde diese Politik von Colombo bekräftigt, gerade auch angesichts der zunehmenden Bedrohung durch eine stark vermehrte und planmässig aufgerollte Intervention der USA im Gebiet des Indischen Ozeans.

Wenn wir, die POCH, den verantwortlichen Organen unseres Staates heute vorschlagen, eine Position einzunehmen, die eine Entwicklung fördert, die zum gleichzeitigen und

parallelen Abzug der amerikanischen Truppen und Flotten aus dem Indischen Ozean und der sowjetischen Truppen aus Afghanistan führt, so tun wir dies im Interesse auch unseres Volkes. Die Militärböcke sollen auseinandergerückt und ihre Einflussbereiche verkleinert werden. Diese politische Lösung ist ein realisierbarer und tatsächlicher Schritt zur Entspannung. Er ist die Grundlage für die effektive politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung der Völker. Wir selbst bekräftigen unsere Position auf der Seite aller Organisationen und Nationen, die sich gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung wenden, die für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung sind, in der die Nationen unter anderem auch die volle Verfügungsgewalt über ihre eigenen Rohstoffe haben, die für die Ueberwindung der Militärböcke und eine wirtschaftliche und politische Demokratisierung der internationalen Beziehungen eintreten. Dies ist eine Politik, die die Interessen der mittleren und kleinen Nationen wie der Schweiz und auch besonders der ausgebeuteten Nationen der Dritten Welt achtet. Deshalb lehnen wir jegliche Intervention einer Grossmacht in einem anderen Land ab. Wir können niemals zustimmen, wenn irgendeine Grossmacht behauptet, sie habe lebenswichtige Interessen in Regionen ausserhalb ihrer Landesgrenzen zu «verteidigen». Die Schweiz muss vehement gegen den Standpunkt auftreten, dass die USA in der Region des Arabischen Golfes eine solche Region vitaler eigener Interessen zu «verteidigen» hätten.

Nun machen sich aber in der sogenannten Afghanistan-Debatte ganz andere Stimmen besonders laut, allen voran jene des US-Präsidenten Carter, der sich in seiner State-of-the-Union-Botschaft ausdrücklich ein unbeschränktes Interventionsrecht für die USA herausnimmt, wann immer und wo immer es ihnen passt. Diese aggressive imperialistische Interventionspolitik soll nun mit Worten wie Selbstbestimmungsrecht und Unabhängigkeit der Völker garniert werden. Wir verfolgen mit grosser Besorgnis die seit Jahren gesteigerte und aggressiver werdende militärische Intervention der USA im Indischen Ozean und im arabischen Raum. Diese Macht- und Interventionspolitik richtet sich vor allem gegen den neuen Iran, der mit militärischen, finanz- und wirtschaftspolitischen Mitteln einer Blockade unterworfen werden soll, sie richtet sich gegen die fortschrittlichen arabischen Staaten und gegen die PLO. Wir begrüessen, dass der Bundesrat die von den USA verlangte Blockade der iranischen Guthaben nicht mitgemacht hat. Die Ausplünderung der Oelreserven durch die militärische Stützung von Regimes von US-Gnaden oder, falls diese, wie die Schah-Diktatur, hinweggefegt wird, durch die direkte Militärpräsenz der USA – ich erinnere Sie an den neuen Stützpunkt in Diego Garcia – trifft nicht nur die betroffenen Völker selbst, sondern geht uns alle an. Die Rohstoffe sind das gemeinsame Erbe der Menschheit und werden je länger, je dringender zur Ueberwindung von Hunger und Elend von Milliarden Menschen benötigt. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn die USA mit 6 Prozent der Weltbevölkerung bereits heute 30 Prozent des Weltverbrauchs von nicht regenerierbaren fossilen Rohstoffen verschleudern. Die schrillsten Stimmen in der Afghanistan-Debatte – wir haben eigentlich wenige hier direkt im Saal gehört, aber einige doch – gehen genau auf diese Zusammenhänge nicht ein und finden in unserer Presse ein sehr grosses Echo. Ich muss nun diese Leute eben fragen: Warum führen Sie denn keine Iran-Debatte? War doch der Schah ein gerngesehener Gast in unserer Schweiz und ein guter Geschäftspartner gewisser Kreise! Die SAVAK hat laut Amnesty International direkt 60 000 Ermordungen zu verantworten, und nachdem Schah und SAVAK – deren Beziehungen zur CIA und zu den USA sind bestens bekannt – vertrieben worden sind, muss nun der Iran einen unerhört massiven Druck von seiten der USA aushalten. Leider hat sich der Bundesrat nie gegen diese Interventionspolitik gewendet. Warum keine Debatte über das palästinensische Volk und seine Forderungen nach einem eigenen Staat, warum nicht über Israel, das entgegen eindeutiger UNO-Beschlüsse arabische Gebiete besetzt be-

hält und dauernd im Libanon militärisch interveniert? Warum gab es keine Vietnam-Debatte, als dieses Land, das mit unsagbaren Opfern die Japaner, die Franzosen und die Amerikaner zum Teufel jagen musste, von China überfallen wurde zu einem Zeitpunkt, als das Selbstbestimmungsrecht für Vietnam sich erst zu verwirklichen begann, sich erst verwirklichen konnte? Warum führen wir keine Kuba-Debatte, ein Land, das klein, blockfrei, selbständig ist (Heiterkeit) und seit über 18 Jahren eine Wirtschaftsblockade von seiten der USA zu erdulden hat. Ich habe eingangs gesagt: Wir wollen einen Beitrag leisten, um einen Weg zu finden, wie die Schweiz aktiv zur Sicherung des Friedens mithelfen kann. Wir glauben, dass die Teilnahme an der KSZE-Folgekonferenz in Madrid ein Schritt dazu ist. Wir begrüßen es, dass der Bundesrat im Grundsatz an der Teilnahme der Schweiz festgehalten hat. Für Europa allein aber gibt es keine dauerhafte Entspannung. Der Entspannungsprozess muss ein weltweiter sein und ist nur möglich, wenn der durch Ausbeutung entstandene Hunger überwunden werden kann, im Kampf gegen den Imperialismus, Rassismus und Zionismus. Jede hegemoniale Politik muss abgelehnt werden. Auch wenn die militärischen Blöcke und die Grossmächte in ihrer grundsätzlichen Natur keineswegs gleich sind, trägt die Blockpolitik das Streben nach Vorherrschaft in sich. Die Schweiz als kleines Land hat deshalb alles Interesse daran, zur Ueberwindung der Blöcke und zur Entspannung beizutragen. Die Teilnahme in Madrid kann ein Schritt in dieser Richtung sein.

Wir sind auch dafür, dass die Schweiz – falls die Sportverbände so beschliessen – an den Olympischen Sommerspielen in Moskau teilnimmt. Wir begrüßen die Antwort, die Herr Bundespräsident Chevallaz in der Fragestunde gegeben hat, wonach die Teilnahme Sache der Sportverbände selbst ist. Wir möchten nicht, dass – wie in Melbourne – die Schweiz, die sich damals derart ausschliesslich hinter die Interessen der USA stellte, schliesslich einseitig und allein als Einzelgänger abseits stehen muss.

Schliesslich ist hier auch festzustellen: Als die Fussball-Weltmeisterschaften in Argentinien stattfanden, wo ja unser Land wegen mangelnder Qualifikation nicht teilnehmen konnte, hat da jemand gefragt: Soll man diese Spiele durchführen oder nicht, in einem Land, das unbestrittenermassen diktatorisch regiert wird und wo die Menschenrechte keineswegs gewahrt sind? Wer hat sich Gedanken gemacht über die Teilnahme in Lake Placid selbst, in einem Land, das immerhin Ausdruck des aggressivsten Teiles des Imperialismus ist?

Künzi: Ich möchte versuchen, zum Thema zurückzukehren. Frau Mascarin kann ja über Vietnam, Kuba usw. gelegentlich eine eigene Interpellation einreichen.

Die Politik der Sowjetunion seit Jahresbeginn lässt die Ost-West-Beziehungen (wir haben das auch in der Antwort des Bundesrates gehört) in einem neuen Licht erscheinen. Was sich der Kreml gegenwärtig erlaubt, kann auch nicht ohne Einfluss auf unser Land bleiben. Das bedeutet für uns, dass wir uns ernsthafte Gedanken über die künftige Gestaltung unserer Ostkontakte machen müssen. Dieses Neuüberdenken der Kontakte muss aber koordiniert werden mit anderen Ländern, die gleich denken wie wir.

Bei dieser Gelegenheit stellt sich für mich die Frage, ob Absichtserklärungen, wie sie der Bundesrat unlängst im Zusammenhang mit Afghanistan und mit Sacharow abgegeben hat, für uns genügen können; wissen wir doch alle, dass solche Worte von den Sowjets weder gehört noch beachtet werden. Bestimmt würde unser Volk etwas konkretere Massnahmen nur begrüßen.

Neutralität kann und soll uns nicht zur moralischen Indifferenz bewegen. Niemand darf uns zumuten, wegen der Neutralität mit unserer Meinung hinter dem Berg zu halten. Gerade in solchen Zeiten, wie wir sie heute erleben, müssen wir uns uneingeschränkt mit all jenen solidarisch

erklären, die für die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, ihrer Unabhängigkeit, ihrer Freiheit und der Menschenrechte einstehen und dafür kämpfen. Es wäre wirklich unschweizerisch, im Moment, da andere Nationen wie beispielsweise die USA – Frau Mascarin – sich energisch für ihre Ideale einsetzen (die auch unsere Ideale sind), lediglich achselzuckend zuzuschauen.

Der Grundsatz unserer Aussenpolitik muss daher lauten: Soviel Neutralität wie nötig, soviel Solidarität wie möglich.

Keineswegs meine ich aber, dass wir als Folge des gemeinsamen Uebergriffes der Sowjets auf ein neutrales Land alle unsere Kontakte mit der Bevölkerung hinter dem Eisernen Vorhang abbrechen sollten, denn diese ist nach wie vor dringend auf Westkontakte angewiesen. Wir dürfen diese Leute nicht einfach sich selbst überlassen, sondern müssen uns bemühen, die Zerrbilder, die man bei ihnen über uns verbreitet, durch echte Information zu korrigieren. Diese Kontakte oder Beziehungen dürfen aber keineswegs den Sowjets neuen Nährboden für zusätzliche Propaganda geben.

Solche Ueberlegungen führen mich dazu, mit Nachdruck gegen eine Olympiade-Teilnahme der Schweiz in Moskau aufzutreten, denn es ist eine Binsenwahrheit, dass es den Sowjets bei der Olympiade keineswegs um Spiele und Wettkämpfe, sondern ausschliesslich um Propaganda geht, wie das bereits Herr Alder erklärte; eine Propaganda, wie sie schon 1936 bei der Berliner Olympiade zutage trat, bei der der Wahn so weit ging, dass auch gewisse nichtdeutsche Mannschaften mit dem Hitler-Gruss ins Stadion einmarschierten. Versierte Historiker halten heute fest, dass sich das Hitler-Regime durch die Propaganda-Olympiade von 1936 noch in hohem Masse konsolidieren konnte. So etwas wie 1936 suchten die Russen nun im Jahre 1980. Wollen wir Schweizer dazu Hand bieten? Mit einem Boykott der Olympiade könnte man Russland in aller Öffentlichkeit zeigen, dass die Kremelführer in eine Art Isolation hineingeraten, die in der ganzen Welt sichtbar wird. Kommt der Boykott nicht zustande, wäre das ein erneuter Sieg der Sowjets. Ich weiss aber, dass eine solche Empfehlung für viele Sportler unseres Landes einen harten Verzicht bedeutet und ein sehr grosses Mass an Solidarität von ihnen verlangt. Diese Solidarität sollte aber nicht nur von den Sportlern verlangt werden, sondern wir alle müssen hier mitmachen. Ich denke dabei (wie es auch der Bundesrat erwähnt hat, ich danke ihm dafür ganz besonders) auch an die Wirtschaft und an den Tourismus. Eines darf auf keinen Fall vorkommen – wir haben es auch aus der bundesrätlichen Antwort herauslesen können –: dass unser Land als Hintertüre zur Umgehung allfälliger Boykottmassnahmen missbraucht wird.

Landolt: Auf meine Frage von gestern Montag über die Beteiligung der Schweiz an der Sommer-Olympiade hat der Herr Bundespräsident eine politisch kluge Antwort gegeben. Sie hatte den einzigen Nachteil, dass sie wenig bis gar keine Aussagekraft hat. Hier bin ich ganz anderer Ansicht als Frau Mascarin. Ich kann mir allerdings vorstellen, dass der Herr Bundespräsident es sehr gerne dem Vorsteher des Departementes für auswärtige Angelegenheiten überlassen hat, diese Frage heute zu beantworten.

Auf die schriftlich formulierte Frage von Frau Meier, welche Vorkehrungen der Bundesrat trifft auf die geplanten Kontakte auf sportlicher Ebene, hat Herr Bundesrat Aubert noch weniger geantwortet als der Herr Bundespräsident gestern.

Nach dem Votum von Herrn Kollege Künzi kann ich mich kurz und noch kürzer fassen, als ich es im Sinne hatte. Zum Standort, den die UdSSR unter den Unterzeichnern der Schlussakte von Helsinki einnimmt, ist heute hier zur Genüge gesprochen und viel gesagt worden.

Das Allermindeste, was in dieser Situation vom Bundesrat gefordert werden darf, ist eine allgemeine unmissverständliche Stellungnahme. Das ist zum Teil heute auch erfolgt.

Wenn diese Stellungnahme auch nur verbalen Wert hat, so tut sie sicher ihre Wirkung weltweit.

Dass viele unserer Auslandschweizer ebenso denken, konnte ich vor drei Wochen auf einem schweizerischen Generalkonsulat in den USA erfahren. Ich musste mir dort sagen lassen, dass die meisten Schweizer in den Vereinigten Staaten eine unmissverständliche Stellungnahme des Bundesrates gegen die Teilnahme einer Schweizer Delegation an der Sommer-Olympiade erwarten.

Ich meine, dass mindestens die politisch interessierten Schweizer eine öffentliche Stellungnahme der Landesregierung in dieser Frage erwarten. Selbstverständlich ist mir bekannt, dass das Schweizerische Olympische Komitee den endgültigen Entscheid zu fällen hat. Ich bin aber überzeugt, dass dieser Beschluss durch die rechtzeitige Bekanntgabe der Meinung des Bundesrates nicht unwesentlich beeinflusst wird und kann darum die Zurückhaltung, welche Herr Reichling bekundet hat, nicht teilen.

Meine Frage, ob der Gesamtbundesrat eine offizielle Meinung zur Teilnahme an der Sommer-Olympiade hat und ob er diese öffentlich vor der Beschlussfassung des SOK bekanntgibt, ist immer noch nicht beantwortet.

de Capitani: Gegen das Ende einer langen Debatte hat es selbstverständlich keinen grossen Sinn, vieles zu wiederholen. Ich kann mich damit begnügen zu erklären, dass ich mit den Voten insbesondere der Herren Alder, Friedrich und auch Künzi einig gehe. Wenn Herr Künzi und auch Herr Landolt sich zum Olympiade-Boykott der Schweiz geäussert haben, dann möchte auch ich der Hoffnung Ausdruck geben, dass es dazu kommt. Ich glaube, unsere Sportler, sollten sie trotz aller Mahnungen und Warnungen hingehen, würden das Grotteske dieser Situation dann erleben, wenn sie die 15 000 Friedenstauben starten sehen. Dann müsste es allen klar werden, was dort gespielt werden soll.

Zu Frau Mascarin möchte ich nicht Stellung nehmen. Ich glaube, die Parteien der POCH, der PdA sind keine ernsthaften Gesprächspartner in diesen aussenpolitischen Fragen. Die POCH ist genauso moskauunabhängig wie Kuba blockfrei.

Der Schock nach Afghanistan ist meines Erachtens deshalb so tief gewesen – auch in der Schweiz und in ganz Europa –, weil man sich plötzlich vergegenwärtigt hat, dass Europa auch ausserhalb seines Gebietes an der Gurgel gepackt werden kann. Ausserhalb seines Gebietes, wo eben das von den Europäern mit den Amerikanern aufgebaute Sicherheitssystem nicht so recht oder gar nicht zum Zuge kommt. Das ist wahrscheinlich das neue Moment – oder eines der neuen Momente – in dieser weltpolitischen Krise, die aber auch eine europäische Krise ist: dass man plötzlich die Bedrohung, die weit ausserhalb unseres Kontinentes sich verwirklicht hat, als höchst eigene Bedrohung empfindet, der man machtlos gegenübersteht.

Dass es soweit gekommen ist, verdanken wir – und hier bin ich wahrscheinlich im Gegensatz zu vielen unter Ihnen und auch zum Bundesrat – zu einem guten Teil der westlichen Praxis der sogenannten Entspannungspolitik. In dieser Beziehung empfinde ich die Antwort des Bundesrates als unklar und ungenügend. Der Bundesrat hat zwar gesagt, wie zerbrechlich die Entspannungspolitik sei, die Früchte seien stets gefährdet. Aber er hat es unterlassen, auch die negativen Seiten klarzustellen.

Ausgerechnet in der Zeitperiode der Entspannung – so seit Mitte der sechziger Jahre bis heute – haben die Vereinigten Staaten ihre nukleare Ueberlegenheit verloren, sind die Vereinigten Staaten mit ihren konventionellen Mitteln in argen Rückstand geraten, ausgerechnet in dieser Zeit ist auch in Europa das Gleichgewicht umgekehrt worden, und in diesen gleichen Jahren der Entspannung hat Russland sich zum Status einer Weltmacht, auch auf den Meeren, emporgearbeitet. Es beginnt überall zu intervenieren – Sie wissen das –: im Fernen Osten, in Mittelamerika, im

Nahen Osten, in Afrika; alles unter dem Siegel und unter dem Stempel der Entspannung.

Wie haben wir uns hier zu verhalten? Ich möchte keine Rezepte abgeben, aber einmal sehen, wie es eigentlich unter den Parteien aussieht. Wir haben heute feierliche Erklärungen der Verurteilung gehört, Appelle an die Behörden, Appelle an uns alle, Appelle an die Organisationen. Ich möchte einmal darauf hinweisen, dass zwar die CVP, die SVP, meine eigene Fraktion – die FDP –, der Landesring, die Evangelische Partei und die Liberale Partei klare und deutliche Bekenntnisse zu unserer Sicherheitspolitik und zur militärischen Landesverteidigung abgegeben haben. Wenn Sie aber die Stellungnahmen der Sozialdemokratischen Partei und der führenden Leute in dieser Partei, wie sie vor den Nationalratswahlen abgegeben worden sind, einmal im Wortlaut genauer ansehen – das habe ich gestern getan –, so stellen Sie fest, dass zwar im Programm 1959 noch eine einigermaßen klare Aussage zur Landesverteidigung enthalten ist. Aber diese klare Stellungnahme ist in den letzten Jahren zusehends verwässert worden. Ich möchte erklären: Ich weiss, dass es sehr viele Sozialdemokraten, auch in diesem Saale, gibt, die zur Landesverteidigung stehen. Aber meines Erachtens gilt das gleiche nicht für die politische Führung. Wenn Sie zum Beispiel die veröffentlichten «Materialien zu einer Standortbestimmung» der Geschäftsleitung der SP der Schweiz von 1979 mit dem Titel «Sicherheitspolitik für den Frieden» ansehen, dann wird auf Seite 9 zum erstenmal die Armee erwähnt. Es heisst: «Dazu gehört auch die Armee, aber mit einer übertriebenen Rüstungspolitik erhalten wir nicht mehr Sicherheit.» Dann kommen die Forderungen: «Ein Konflikt- und Friedensforschungsinstitut, Gewährleistung der demokratischen Rechte in der Armee, Abschaffung der Militärjustiz» –, und nun kommt das Schönste, fast der Stempel der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik –: «die Fünftageweche in den Wiederholungskursen.» Ich möchte hier nicht weiterfahren, sondern lediglich aus der «politischen Erklärung» zu den Nationalratswahlen der Parteileitung oder der Delegiertenversammlung vom 22. Juni 1979 in Bern noch zitieren. Dort heisst es zu den Rüstungsfragen und der Waffenausfuhr: «Gestützt auf unsere Sicherheitspolitik fordern wir ein ernsthaftes Engagement unseres Landes für internationale Rüstungskontrolle und Abrüstung anstelle alleiniger eigener Aufrüstung (zum Beispiel Tiger-Flugzeuge).» Das sind Stellungnahmen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Da muss man sich nicht wundern, wenn die Entspannungspolitik auch in diesem Parlament einen schillernden Stempel erhält. Wenn eine grosse Landespartei, eine Regierungspartei, so unzuverlässig zu diesen Fragen Stellung nimmt, dann glaube ich, ist einmal ein deutliches Wort fällig.

Noch eine letzte Frage zu Herrn Bundesrat Aubert: Er hat der Nachfolgekonferenz von Madrid sehr grossen Stellenwert beigemessen. Auch ich persönlich halte diese Bestrebungen für sinnvoll. Ich möchte ihn aber fragen: Gäbe es nicht eine Möglichkeit, jetzt schon durch den Mechanismus der Helsinki-Schlussakte irgendwie Stellung zu nehmen zu dieser Ausrottungspolitik der Sowjetunion gegenüber dem afghanischen Volk? Diese Ausrottungspolitik ist im Gang; das Volk wird ausgerottet, vernichtet, mit Feuer, mit Bomben und mit Raketen. Von Helsinki höre ich nur immer, dass dann im November eine Konferenz stattfindet. Aber was passiert heute? Hier möchte ich Herrn Bundesrat Aubert doch fragen: Ist denn niemand in der Lage, namens dieser Organisation, von der man soviel Aufhebens macht, zu sprechen? Ich wäre ihm für eine klare Antwort dankbar.

Braunschweig: Herr de Capitani lispelte mir soeben zu, dass ich nach seinem Votum Stoff hätte, um ihm zu antworten. Aber Herr de Capitani irrt, wie das bei ihm hin und wieder vorkommt. Ich habe Stoff zur Entspannungspolitik, ohne dass er vorher gesprochen hat, und ich werde jetzt

über den Stellenwert der Armee bei den Freisinnigen und bei der SP nicht sprechen. Ich halte mich an das, was ich mir vorgenommen habe.

Zur Klärung möchte ich folgendes beitragen: Es wurde in dieser Debatte wiederum gesagt, die militärische Intervention der Sowjetunion in Afghanistan sei unter dem Regime der Entspannungspolitik geschehen; sie sei sozusagen Bestandteil dieser Entspannungspolitik. Ich widerspreche sehr energisch dieser Darstellung. Was in Afghanistan geschehen ist, steht in striktem Gegensatz zum Verständnis der Entspannungspolitik, über das wir uns wahrscheinlich in einigen Belangen einigen können. Ich behaupte sogar: Es ist ein Stück Verrat der Sowjetunion an ihren eigenen Aussagen über Koexistenz und Entspannungspolitik.

Zur Frage, die im Raume steht und die Herr Alder sehr deutlich ausgesprochen hat: Ist die Entspannungspolitik gescheitert? Er hat sie mehr oder weniger bejaht. Demgegenüber sage ich: nein. Aber wir haben einen sehr schweren und traurigen Rückschlag erlebt. Ich erinnere mich an die Helden des Zweiten Weltkrieges. Damals war das Wort bekannt: «Wir haben eine Schlacht verloren, aber wir haben nicht den Krieg verloren.» Heute müssen wir sagen: Wir haben eine Phase verloren, aber ich hoffe sehr, dass wir nicht die Entspannungspolitik verlieren.

Das andere muss ich hinzufügen: Ich befürchte, dass wir weitere Rückschläge in Kauf nehmen müssen. Ich befürchte noch ein zweites, und das sage ich als Befürworter der Entspannungspolitik: Die Entspannungspolitik hat einen schweren, schmerzlichen Nachteil: sie ist langfristig angelegt. Das bedeutet für uns, dass wir häufig Unrechttatbestände während langer Zeit in Kauf nehmen müssen und beinahe wehrlos diesen Unrechttatbeständen ausgeliefert sind. Entspannungspolitik ist im Gegensatz zu einer militärischen Intervention langfristig angelegt und kann nicht immer momentanen Ereignissen gerecht werden. Das ist der grosse Nachteil; das ist das Schmerzliche.

Auf der andern Seite ist Entspannungspolitik der Versuch, Probleme ohne Krieg zu lösen, einschliesslich die Probleme des Imperialismus der Weltmächte dieser Zeit und der Vergangenheit. Dieses Ziel ist Vermessenheit. Es ist das, was bisher nicht gelungen ist. Wir haben zu allen Zeiten Kriege gehabt. Diese neue Politik versucht, die Kriege der Vergangenheit mit politischen Mitteln zu überwinden. Sie spricht von Gewaltverzicht; sie spricht von nichtmilitärischer Konfliktlösung, von Eindämmung der Macht der Grossmächte, von Durchsetzung der Menschenrechte – ich erwähne diese ausdrücklich –, von Garantie des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker und schliesslich von demokratischer und gerechter Wirtschaftsordnung. Das sind die Ziele der Entspannungspolitik. Weil diese Ziele eine geschichtliche Dimension haben, dürfen wir sie nicht nur von der Gegenwart her beurteilen.

An dieser Stelle muss ich Herrn Alder widersprechen. Er hat am deutlichsten eine Gegenposition markiert, allerdings und glücklicherweise nicht ganz eindeutig. Er sagte sinngemäss: Jugoslawien – dann gibt es Krieg. Ich bedaure diese Aussage. Ich bedaure ausserordentlich, dass sie ausgerechnet von einem Schweizer kommt. Es ist wahrhaftig nicht unsere Aufgabe, als Angehörige eines Kleinstaates solch ungeheuerlichen Aussagen zu machen. Seien wir dankbar, dass wir solche Aussagen nie und in keinem Fall machen müssen. Sie scheinen mir auch eine gewisse Vermessenheit zu sein, und ich bedaure es besonders, Herr Alder, weil die zwei andern Punkte, die Sie angeführt haben, sehr unterstützenswert sind. Sie sprachen von der Stärkung des inneren Widerstandes; das könnte ich voll und ganz unterschreiben. Sie sprachen von der Unterstützung Jugoslawiens oder Finnlands – auch das kann ich voll und ganz unterzeichnen.

Nur lade ich Sie, Herr Alder, bei dieser Gelegenheit ein: Gehen Sie doch bitte zu Ihrem Kollegen Friedrich und bitten Sie ihn, das böse zynische Wort «Finnlandisierung» nicht mehr zu gebrauchen. Das wäre auch ein Stück Unterstützung Finnlands. Finnland hat seit Jahrzehnten er-

folgreich und redlich versucht, einen Teil seiner Souveränität, einen Teil seiner Widerstandskraft gegenüber dem grossen Nachbarn zu bewahren. Dann kommen Schweizer und sagen überlegen und spöttisch: Wir wollen keine Finnlandisierung. Diese Schulmeisteri dürfen wir uns einfach nicht erlauben, ganz abgesehen davon, dass dies mehr als nur unfreundlich ist.

Nicht zur Rechtfertigung, sondern zur Erklärung, d. h. als Beitrag zur Analyse, fragt Entspannungspolitik nach Entwicklungen, nach Hintergründen, nach Ursachen, nach parallel laufenden Tendenzen und gleichzeitig stattfindenden Ereignissen, zum Beispiel nach dem zunehmenden Misstrauen der Sowjetunion gegenüber einer Politik der Annäherung zwischen China und den USA. Entspannungspolitik fragt nach der zunehmenden politischen Kraft des Islams, die uns Europäern nicht nur in Afghanistan, sondern auch im Iran, im Nahen Osten, in Nordafrika und anderswo grosse Mühe bereitet, sie zu verstehen und erst recht anzunehmen. Diese Frage nach den Hintergründen scheint mir gerade nach dem Votum von Herrn Künzi sehr wichtig zu sein. Wenn wir nur auf Protest und Verurteilung angelegt sind, dann können wir uns diese Überlegungen sparen. Aber es geht ja weiter, es geht eben um die Entspannung, und da müssen wir nach wirtschaftlichen, nach geschichtlichen, nach vielen andern Hintergründen fragen: Herr Künzi, ich glaube, Frau Mascarin hat doch recht, wenn sie davon gesprochen hat, und Sie sollten sich nicht eindimensional auf das beschränken, worauf Sie sich beschränkt haben.

Wichtiger und vermutlich auch umstrittener ist mir folgender Punkt: Entspannungspolitik schliesst auch die Sicherheitsbedürfnisse des Gegners und Dritter ein und berücksichtigt sie bei jeder Lagebeurteilung. Gerade diese Fragestellung wird in unserem Lande völlig vernachlässigt. Wir beschränken uns in vielen Diskussionen ausschliesslich auf unsere eigenen Sicherheitsbedürfnisse. Daraus ergeben sich Folgerungen. Entspannungspolitik räumt dem Gegner die Möglichkeit ein, Fehler zu korrigieren oder falsche Entwicklungen zu wenden. Uebrigens ein alter Grundsatz jeder Diplomatie, die nicht auf Konflikt und Krieg ausgerichtet ist. Entspannung ist nur möglich, wenn die Sicherheit aller angestrebt wird. Umgekehrt: Wer nur die Sicherheit des eigenen Volkes, der einen Seite im Auge hat, leistet keinen Beitrag zur Entspannung. In dieser Sicht bedeutet Entspannungspolitik nie Schwächung, nie Leisetreterei und schon gar nicht Anpassung, sondern eigene Stärkung und eigene Sicherung. Von mir aus gesehen ergeben sich daraus drei politische Folgerungen, d. h. ich kann sie unter drei Punkten zusammenfassen.

1. Der Dialog. Davon hat Herr Ott schon sehr deutlich gesprochen. Ich möchte nur noch auf ein Missverständnis hinweisen. Dialog ist Bestandteil vertrauensbildender Massnahmen. Dagegen wurde in einem Votum polemisiert. Jener Sprecher ging vom blinden Vertrauen aus. Es gibt auch ein sehendes Vertrauen, nämlich vertrauensbildende Massnahmen, die in Rechnung stellen, dass Misstrauen missbraucht werden kann oder dass es den erwarteten Erfolg nicht bringt. Vertrauen muss zuerst aufgebaut werden. Wir können es nicht als Voraussetzung nehmen; Vertrauen ist die Folge, das Ziel oder wenigstens eine Etappe. Das ist der Sinn der vertrauensbildenden Massnahmen als Teil des Dialoges. Deswegen begrüsse ich, dass der Bundesrat bisher bereit gewesen und weiterhin bereit ist, an den Vorbereitungen der Madrider KSZE-Konferenz teilzunehmen. Jemand hat gefragt: Was hat denn die KSZE heute zu bieten? Hier begegnet uns der Konflikt, den ich erwähnte habe. Die KSZE ist längerfristig zu beurteilen und gibt keine direkte und sofortige Antwort auf ein kurzfristiges brutales Ereignis wie Afghanistan, ganz abgesehen davon, dass Afghanistan sich auch geographisch mit Europa nicht deckt! Aber nun das andere: Wir haben gerade in den letzten Wochen von diesem wissenschaftlichen Forum in Hamburg, einem Forum der KSZE, gehört und gelesen. Es wird also weiter gesprochen. Ich glaube daran, dass dieser

Dialog auch gewisse positive Folgen haben kann. Deshalb begrüße ich es, wenn möglichst viele Sportler nach Moskau gehen würden. Aber sie dürfen natürlich ihre politische Ueberzeugung nicht an der Garderobe in Zürich-Kloten abgeben, sondern sie sollen sie auch in Moskau vertreten. Diese Forderung, der politischen Ueberzeugung auch in der Sowjetunion treu zu sein, stelle ich auch an die zahlreichen Delegationen der Wirtschaft, die gerade in den letzten Wochen nach Moskau gereist sind und von deren Dialog man leider gar nichts hört.

M. Robbiani: Non è soltanto un intervallo musicale in italiano! Vorrei approfondire il discorso su di un obiettivo enunciato nell'intervento del Consigliere federale Pierre Aubert: il settore dell'informazione, «le domaine de l'information». Poichè penso che la politica estera per un Paese come il nostro, di piccole dimensioni e di grandi idee, sia prima di tutto una questione di informazione.

Nella protesta dell'Ambasciata dell'Unione Sovietica si parla di campagna antisovietica condotta dalla stampa svizzera: «La campagne antisoviétique menée par la presse suisse. Die antisowjetische Kampagne in den schweizerischen Massenmedien.» Esponenti comunisti hanno, dal canto loro, denunciato la stampa occidentale, definendola «al servizio dell'imperialismo e voce del padrone».

Ora vorrei cortesemente ricordare ai censori che la guerra nel Vietnam, per esempio, è stata vinta prima di tutto dai massmedia, o piuttosto la pace è stata imposta avantutto dai massmedia e dalla televisione. Si possono scrivere articoli, si possono tenere discorsi anche più brillanti di quelli che abbiamo udito questa mattina, ma è quando gli audiovisivi portano la guerra in casa con tutti i suoi orrori che la coscienza umana si ribella. Orbene, per far vincere la pace nel Vietnam, negli ultimi 3 anni di guerra, sono morti 360 giornalisti, molti occidentali, molti americani. Ogni anno oltre 1000 giornalisti, in tutto il mondo, sono vittime della violenza politica. Non cercano l'avventura, sono semplicemente al servizio della realtà se non proprio della verità.

E anche in questa occasione per la crisi e la guerra nell'Afganistan i giornalisti hanno fatto il loro dovere. Sono andati subito a Kabul, e non presso l'ufficio d'informazione delle truppe di liberazione o delle truppe d'occupazione, secondo i punti di vista, si sono recati anche nelle montagne con i combattenti della libertà, poiché anche questi sono combattenti della libertà, la loro libertà, ma non si può imporre agli altri la propria libertà (e forse ha ragione la collega Mascarin, è libertà, non certamente la nostra, anche quella cubana).

I primi reportages che ha ricevuto l'Occidente erano di fonte sovietica, e mostravano lo spostamento delle truppe come nel caso di manovre dell'esercito svizzero, documentavano l'intervento in aiuto di un Paese amico. Poi sono arrivate le agenzie filmate (e non si tratta soltanto di agenti del controspionaggio o della CIA, sono giornalisti professionisti). Sono arrivate le squadre di quasi tutti gli studi televisivi europei, e hanno avuto difficoltà. Il materiale per esempio dei colleghi della RAI è stato sequestrato, i giornalisti sono stati fermati e arrestati e persino espulsi. Attualmente dall'Afganistan si ricevono soltanto reportages riveduti e corretti da parte delle autorità afgane, autorità naturalmente assistite e consigliate dai sovietici. Non so se, come ha affermato il collega Künzi, si possa paragonare questa informazione alla propaganda degli anni 30 di stampo nazista. Certo, si tratta di servizi informativi patetici e ridicoli se non trattassero di avvenimenti drammatici. Dunque, l'accusa di manipolazione dell'informazione può essere rinviata al mittente. Gentilmente magari, non colla foga che ha utilizzato il collega Friedrich, e con le necessarie motivazioni. Tra l'altro, nel comunicato dell'Ambasciata dell'Unione Sovietica, si parla e ci si rifà allo spirito di Helsinki. L'esprit d'Helsinki. Ma non solo lo spirito, anche i risultati della Conferenza di Helsinki sono nel senso della libera circolazione delle informazioni. Ora una libera

circolazione delle informazioni è difficile non soltanto per le situazioni politiche, ma anche per le diverse concezioni dell'informazione. Forse non si tratta, come ha detto Friedrich, di arroganza, ma certamente da parte dei Paesi comunisti di una concezione negativa e anche utilitaristica dell'informazione. Ma è per questo, come ha detto il Consigliere federale Aubert, e vorrei sottolineare da questa tribuna, che bisogna andare a Madrid per migliorare l'applicazione dell'accordo di Helsinki. Andare a Madrid per mettere nel cesto anche la libertà d'informazione, che è prima di tutto libertà alla informazione e non diritto d'informazione, cioè la libertà e il diritto di ognuno di sapere e di capire che cosa succede nel mondo.

Ma io credo che di ciò che è successo e succede nell'Afganistan, siamo responsabili anche per la mancanza di informazione e di informazione appurata. Io non credo ai colleghi Oehen e Albert quando si dicono non stupiti («nicht überrascht») degli avvenimenti afgani. Prima di Natale, molti in Svizzera, anche professionisti della politica o dell'informazione, apprendendo dai massmedia degli avvenimenti di Kabul, si sono chiesti: «Ma dove si trova l'Afganistan, ma che cos'è l'Afganistan.» Di questo Paese sapevamo soltanto che dà il nome a una razza di lusso di cani e che dà il nome a dei tappeti artigianali.

Siamo tutti allora responsabili per non esserci interessati e preoccupati prima. Il film di guerra, come questo dibattito, fa alto indice d'ascolto, il documentario invece è seguito soltanto da pochi e non soltanto alla televisione. Discutiamo del terzo mondo soltanto quando diventa campo di battaglia. E allora permettete un'ultima osservazione. Le coordinate, per capire la crisi afgana, non passano solo tra l'Est e l'Ovest, ma tra il Nord e il Sud. Recentemente al mondo siamo diventati 4 miliardi di esseri umani. Ogni secondo al mondo nascono 170 bambini. 120 di questi 170 bambini hanno soltanto la possibilità di morire di fame, di sete, di epidemia, di guerra. Anche questo è Afganistan. E allora un'esigenza, signor Consigliere federale, utilizzare anche all'interno del nostro Paese l'unica arma capace di portare la pace, l'informazione, poiché questa, anche questa, onorevole De Capitani, è politica di sicurezza. L'informazione per sapere e per capire, non soltanto l'informazione per commuovere, per gridare, per minacciare, per consolarsi o per manipolare, non soltanto l'informazione per manipolare e per riproporre all'interno del Paese la riedizione della guerra fredda. Informazione che non deve essere confusione – e qui mi riferisco all'intervento della collega Mascarin: una situazione dopo l'altra, un Paese dopo l'altro nel loro contesto internazionale, ma un caso e una crisi dopo l'altra. In questo ordine di idee condivido una politica estera, fatta di riservatezza esterna, dettata dalle nostre dimensioni geografiche e politiche, ma anche una politica estera fatta di dinamismo e di trasparenza all'interno, dettata dall'immenso potenziale delle nostre idee. La politica estera che è stata portata qui dal Consigliere federale P. Aubert.

Präsident: Die Rednerliste hat inzwischen nochmals eine Erweiterung erfahren. Ich beantrage Ihnen, sie hiermit zu schliessen. Es wird kein anderer Antrag gestellt. Die Rednerliste ist damit geschlossen.

Frau Meier Josi: Ich habe folgendes festgestellt: Regierungen haben das Recht, sich klar, aber in internationalen Fragen auch die Pflicht, sich mit einer gewissen Vorsicht zu äussern. Der Schweizer Parlamentarier ist nicht an diese Vorsichtsfessel gebunden. Die Bürger, die er vertritt, hätten dafür kein Verständnis. Trotzdem halte ich fest, dass diese Diskussion zwischen Regierung, Parlamentariern und Volk bisher grundsätzlich eine starke Uebereinstimmung gezeigt hat, einerseits in der Verurteilung des Ueberfalles, weitgehend aber auch darüber, dass nicht auf das Instrument der KSZE-Folgekonferenzen verzichtet, sondern dass dieses Instrument im Sinne einer realisti-

schen Entspannungspolitik gezielt eingesetzt werden soll. Uebereinstimmung besteht auch darüber, dass die humanitären Anstrengungen weiterzuführen sind, wobei ich selbst bedaure, dass wir unsere Entwicklungshelfer in einem Zeitpunkt zurückrufen, der für die Bergbevölkerung Afghanistans besonders schwer zu überbrücken ist.

Einigkeit besteht auch darüber, dass uns eine Entspannungs- und Neutralitätspolitik nicht davor befreit, wachsam zu bleiben, weitgehender Konsens darüber, dass Entspannung vorläufig leider nur Erlöse verspricht, wenn sie im Verbund mit einem überzeugenden Abwehrpotential gehandhabt wird. Dass auch ein vertiefter Nord-Süd-Dialog, die Solidarität mit den Entwicklungsländern, zum Vermeiden von Machtvakua beitragen kann, versteht sich meines Erachtens von selbst. Dies ist aber weniger Gegenstand dieser Aussprache, sondern wir werden in den bevorstehenden und andauernden Diskussionen über unsere Entwicklungshilfe darauf zurückkommen müssen. Am meisten Divergenzen bestehen bisher bei der Beurteilung der persönlichen Kontakte, besonders bei den sportlichen. Ich erlaube mir, auch hier nochmals auf eine Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates hinzuweisen. Er empfiehlt den staatlichen Olympischen Komitees dringend, bei ihrem Entscheid über die Teilnahme an den Spielen die schwerwiegenden Ereignisse in Afghanistan in die Wagschale zu werfen. Das ist angesichts der politischen Tragweite des Entscheides das Mindeste, was getan werden muss. Die Frage der Teilnahme hat sich übrigens auch anlässlich der Fussballweltmeisterschaften in Argentinien gestellt. Dort war es aber den Besuchern mindestens möglich, am Staat öffentlich wegen seiner Menschenrechtspolitik Kritik zu üben und mit der Bevölkerung frei Kontakt zu nehmen. Im Gegensatz dazu wissen wir, dass diesmal solche Kritik an den Olympischen Spielen kaum möglich sein wird und dass Leute, die mit den Besuchern Kontakte für politische Gespräche anknüpfen möchten, offensichtlich zum voraus aus Moskau verbannt worden sind, wie wir es im Falle von Herrn Sacharow feststellen konnten.

Ich danke daher Herrn Bundesrat Aubert zum voraus dafür, wenn er uns in seiner Antwort hier nochmals mit möglichster Klarheit seine persönliche Meinung bekanntgibt; dass er in dieser Sache keine Befehle erteilen kann, dürfte allerdings klar sein.

M. Ziegler-Genève: Il y a dans cette salle deux droites: une droite vulgaire, M. de Capitani, et une droite distinguée, MM. Friedrich, Gautier et leurs alliés. La droite vulgaire vient d'attaquer vulgairement, comme c'est la coutume, le Parti socialiste, jetant le doute sur la volonté de défense nationale, de sécurité collective, de politique de paix des dirigeants du Parti socialiste, essayant d'opposer les dirigeants à la base du parti. Je suis un militant de la base, je ne suis pas au comité directeur, je suis souvent indiscipliné face à ces mêmes dirigeants, mais je peux vous affirmer que cette opération ne réussira pas. Tous les socialistes sont derrière l'actuel comité directeur et le président, présent dans cette salle, exprime la volonté collective de ce parti. Ce que je vais dire est conforme à la ligne du parti. Ce matin, je vais adopter une position strictement nationaliste – patriotique et nationaliste. Les attaques de M. de Capitani, pour vulgaires qu'elles soient, pour permanentes qu'elles soient – il est le nouveau Schwarzenbach – ne nous touchent nullement.

Quant à la droite distinguée, c'est beaucoup plus sérieux, parce que c'est beaucoup plus hypocrite, c'est mieux dit, c'est plus distingué. Que font-ils, MM. Friedrich, Gautier et les autres? Ils lancent des attaques contre l'Union soviétique. Selon eux, ce pays a commis tous les péchés du monde. Mais la conclusion manque. Pourquoi ne demandent-ils pas qu'on vote une résolution? Pourquoi ne demandent-ils pas qu'on rappelle l'ambassadeur de Suisse à Moscou? Pourquoi ne demandent-ils pas que le Conseil fédéral unanime transmette une note de condamnation à Moscou? Ce matin, j'ai attendu cette conclusion, elle n'est

pas venue. Elle n'est pas venue parce que 35 pour cent du pétrole suisse, année après année, vient de l'Union soviétique. Quoi que nous disions ce matin, quoi que réponde M. Aubert, quoi que dise la presse suisse si merveilleusement libre, le fait fondamental est là, ce gouvernement, ce parlement, ces patrons ne lèveront pas le petit doigt pour demander la condamnation – voire réclamer une sanction quelconque – de ce pays pécheur numéro un de notre planète qu'est l'Union soviétique. Donc, ce que nous faisons ce matin, ce que fait la droite distinguée, c'est un exercice verbal, amusant, une figure de rhétorique, mais qui n'a aucun contenu politique.

Que faut-il faire pour briser la logique de l'exercice de rhétorique? Il faut parler des contradictions objectives concrètes de notre propre politique étrangère. Je ne sais rien sur l'Afghanistan. Je suis comme Bruno Kreisky, je me permets de prendre un grand exemple de l'Internationale socialiste. Comme l'a dit Bruno Kreisky, nous ne savons rien. Est-ce une intervention bénéfique, est-ce une intervention maléfique?

Je rappelle aux radicaux qui sont en train de rire qu'ils sont les héritiers d'un interventionniste formidable: César-Frédéric de la Harpe. Les radicaux étaient à Paris et ils ont supplié le Directoire, ils ont supplié Napoléon d'envoyer l'armée française dans le Pays de Vaud pour libérer ce pays d'un régime féodal inacceptable. Il est donc possible qu'il y ait des interventions bénéfiques; celle que les Français ont faite en Suisse en 1798 était bénéfique et nous sommes tous les héritiers de cette intervention. Il y a des interventions, comme en Tchécoslovaquie, comme en Hongrie qui sont détestables, criminelles, qui doivent être condamnées totalement, puisqu'un processus de libération a été brisé.

Au sujet de l'Afghanistan, personne dans cette salle, au Conseil fédéral, ni au Département politique, n'a une idée quelconque – d'ailleurs la réponse du Conseil fédéral en témoigne – de la structure sociale, des cosmogonies, des rapports de parenté, des modes de production, de la disposition de la plus-value, etc., qui déterminent l'existence collective concrète des hommes de ce pays semi-féodal où le servage existe, où les femmes sont brimées. On ne peut donc pas ici parler de l'Afghanistan.

Mais on doit parler des contradictions objectives de notre politique étrangère. Je suis de ceux qui disent qu'il ne faut pas minimiser le rôle que la Suisse serait capable, si elle le voulait, de jouer dans le monde. Notre petit pays, avec la tradition politique internationaliste qu'il a, a un rôle à assumer dans le monde. Il pourrait, peut-être un jour, être une autorité morale importante dans le monde et tenir un rôle de recours. Mais pour pouvoir assumer cette autorité morale, il faudrait que nous ayons une politique étrangère crédible. Les diplomates qui nous écoutent, le peuple qui nous écoute, l'opinion publique qui se tient un tout petit peu au courant, à travers la radio, la télévision et la presse, tous veulent une politique crédible. On attend que nous donnions la définition d'une politique claire et nette qui s'inspire des paramètres rigoureux de la fraternité, de la solidarité et de l'entraide entre les peuples menacés par l'oppression, la faim et l'exploitation.

Pour que cette politique puisse exister, il faut trois conditions. La première, c'est d'entrer aux Nations Unies. Comme beaucoup d'entre vous, j'ai été humilié de suivre, à travers le journal *Le Monde*, ou à travers d'autres journaux, le débat de politique étrangère au Conseil de sécurité et aux autres instances des Nations Unies. On débattait du problème d'une intervention juste ou d'une intervention injuste, de l'Afghanistan, des Jeux olympiques, de nouveaux rapports de force entre les deux supergrands, on discutait de notre vie à nous tous et de l'avenir de nos enfants. Il n'y avait pas de délégués suisses dans la salle, la Suisse était totalement absente. Qu'on ne vienne pas nous dire que finalement nous sommes présents dans les petites commissions et que cela suffit, non, nous étions absents, et l'intervention de notre pays pour la paix mon-

diale, à un moment crucial, ne s'est pas fait. Pour que notre politique étrangère devienne un jour crédible et que, dans cette salle, nous puissions prendre des décisions qui soient écoutées par les autres peuples du monde, il faut donc d'abord entrer aux Nations Unies de plein droit et avec la détermination absolument irrépessible d'assumer notre mandat, non pour nous abstenir entre l'Afrique du Sud et le Mozambique, mais pour exprimer et suivre une politique progressive claire et nette de solidarité et de fraternité.

La deuxième condition, c'est d'éliminer les contradictions. Ruth Mascarin a magnifiquement parlé ce matin, et je la félicite; à ce qu'elle a dit, j'ajouterai quelques remarques. En dix ans, de 1968 à 1978, selon la revue officielle du gouvernement sud-africain *Panorama*, le commerce entre la Suisse et l'Afrique du Sud a augmenté quatre fois. Nous avons quadruplé nos exportations de capitaux, de biens, nos importations d'or, etc., avec ce régime sud-africain qui est au ban de tous les Etats civilisés du monde et que M. Aubert lui-même a condamné lors de son voyage en Afrique. Il y a une condamnation de l'apartheid, il y a une mise au ban de ce régime qui fait mourir les enfants dans les Bantoustans, qui torture quotidiennement des militants noirs, métis, indiens et blancs, et en même temps notre pays exporte ses richesses, donne un appui financier, industriel et commercial considérable à ce régime détestable de l'Afrique du Sud. Ce n'est pas crédible, ce n'est pas possible, et je pourrais vous donner beaucoup d'autres exemples, cela ne peut pas continuer, si nous voulons être présents dans le concert des nations, même à ce niveau un peu timide où nous nous trouvons aujourd'hui. Il faut éliminer l'une après l'autre toutes les contradictions et si le Conseil fédéral ne peut pas le faire parce que l'ennemi intérieur, l'oligarchie financière, est trop puissant, alors il doit nous le dire, le Conseil fédéral, alors, il doit dire au peuple: nous ne pouvons rien, face au Chili, à l'Afrique du Sud, à l'Indonésie; des puissances plus fortes que la nôtre nous dictent une politique que nous récusons.

Enfin, la dernière condition pour que notre politique devienne crédible et que notre pays puisse élever sa voix dans les moments de crise comme ceux d'aujourd'hui, est qu'il faut se rapprocher, organiquement et institutionnellement, du mouvement des non-alignés, et cela non seulement au niveau des observateurs consultants mais aussi d'une façon systématique. 92 pays forment ce troisième bloc mondial aujourd'hui, en allant de l'Egypte jusqu'à Cuba. Il existe donc une variété de régimes politiques parmi les non-alignés. Il ne convient pas de maintenir en matière de politique étrangère une fiction de neutralité absolue – qui n'est plus possible d'ailleurs – et il faut se rapprocher de ces forces de paix, de progrès, que sont les non-alignés aujourd'hui. Dans ce dernier tiers du siècle, qui se compose d'années de crise et peut-être de catastrophe, il faut que la Suisse choisisse son camp, car ainsi elle redeviendra ce qu'elle avait été à sa naissance en 1848, à savoir une puissance de progrès, de solidarité et de fraternité.

Vetsch: Wir führen hier eine lange Debatte. Ich bin aber überzeugt, dass sie auch begründet ist. Wir behandeln ein sehr ernstes Thema. Die Ereignisse in Afghanistan stellen schlechterdings alles, was wir hier in diesem Saale tun und beschliessen, in Frage, mehr als nur den Teuerungsausgleich und die Raumplanung in unserem Land. Wenn Herr Ziegler sagt, es seien laufend Attacken gegen die Sowjetunion gerissen worden, so muss ich sagen: Es sind Tatsachen aufgezählt worden, und wenn diese als Attacken empfunden werden, so ist das nicht unsere Schuld. Wir brauchen nicht erst zu beweisen, dass unser Land und Volk sich mit allen Mitteln für Friede, Freiheit, Unabhängigkeit und Menschenrechte einsetzt. Dies nicht nur für uns, sondern für alle Länder und Völker, für alle Menschen auf dieser Welt. Herr Braunschweig hat sich gestossen am Begriff der Finnlandisierung. Er hat dann festgestellt, dass Finnland durch seine Politik wenigstens einen Teil der

Unabhängigkeit habe bewahren können. Wir wollen aber nicht nur einen Teil der Unabhängigkeit im Gehorsam gegenüber einem mächtigen Land, sondern völlige Unabhängigkeit bewahren.

An guten, friedlichen Beziehungen mit allen Ländern sind wir sehr interessiert, auch mit der Sowjetunion. Deshalb sind Kontakte notwendig und erwünscht, aber nur wenn sie von beiden Seiten ehrlich gemeint sind, wenn ehrlich gute Beziehungen angestrebt werden. An dieser Ehrlichkeit dürfen, ja müssen wir berechtigterweise zweifeln. Die russische Botschaft bezeichnet unsere Stellungnahmen in jüngster Zeit zu den Vorkommnissen in Afghanistan als Kampagne gegen die «friedliebende Sowjetpolitik». Wird nach sowjetischem Verständnis friedliebende Politik durch einen kriegerischen Ueberfall auf ein friedliebendes Land unterstrichen? Wir müssen ja befürchten, dass andere Länder, und auch das unsrige, einen solchen «friedlichen Besuch» bekommen könnten. Der Protest der russischen Botschaft gegen die schweizerische Meinungsfreiheit schlägt unseren demokratisch-freiheitlichen Rechten, die für uns selbstverständlich und von höchstem Wert sind, ins Gesicht. Wir empfinden das als Provokation gegen unser freiheitsliebendes Volk. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Vielmehr erwarten wir von der mächtigen Sowjetunion ein ernsthaftes Zeichen für den Weltfrieden.

Ich habe gesagt, wir seien an guten Beziehungen interessiert, um gute Beziehungen auch bemüht, und deshalb sagen wir auch ja zu Kontakten, die diesen Bemühungen dienen, aber eben nur, wenn sie beidseitig ernsthaft gewollt werden. Afghanistan zeigt nun allerdings, dass die UdSSR es mit freundschaftlichen Beziehungen im Sinne von Gleichberechtigung und Menschenrechte für alle nicht ernst meint. Ich bin mit Herrn Ott durchaus einig, wenn er sagt, dass Gespräche notwendig sind. Ich habe das ausgeführt. Er hat auch gesagt, in Gesprächen könne man erfahren, wie der Partner allenfalls auf bestimmte Vorkommnisse reagieren würde. Diese Gespräche dürfen aber nicht dazu dienen, den Gesprächspartner einfach auszuhorchen und bei ihm festzustellen, dass er eben nicht reagiert, wenn Länder von der Weltkarte verschwinden. Deshalb, glaube ich, müssen wir unter dem Druck dieser Ereignisse Zurückhaltung üben; deshalb kann sich meines Erachtens unser Parlament zurzeit nicht als Gast, vertreten durch eine Delegation, nach der Sowjetunion einladen lassen. Offizielle sogenannte freundschaftliche Besuche sind im Moment wahrlich nicht angebracht. Als Ausdruck unseres Protestes gegen die Besetzung von Afghanistan müssen wir auf solche Besuche verzichten, aber auch als Ausdruck unserer Solidarität mit diesem der Freiheit beraubten, ohne Schuld blutenden Volk. Andererseits ist für mich die Teilnahme an der KSZE-Folgekonferenz in Madrid selbstverständlich, wenn dort unser Standpunkt und Protest entschieden zum Ausdruck gebracht wird. Wir sind dort Gesprächspartner gleichen Gewichts gegenüber den andern und nicht einfach Geladene. Der Machtpolitik der Sowjetunion müssen wir mit einer klaren, mutigen Haltung und geistiger wie militärischer Abwehrbereitschaft begegnen. Nur so dienen wir dem Frieden und besseren Zeiten, namentlich auch für das sowjetische Volk selbst, für das die Regierung in Moskau wahrlich genügend innere Probleme zu lösen hätte; bessere Zeiten, in denen nicht Völker von totalitären Regierungen durch Grenzmauern und Todesstreifen zusammengehalten werden müssen. Für diese besseren Zeiten wollen wir vereint eintreten.

Hubacher: Wenn wir heute eine so widersprüchliche Diskussion über Afghanistan und die Weltlage führen können, das heisst, wenn wir heute überhaupt in diesem Hause friedlich und frei diskutieren können, dann hat das einen gewissen geschichtlichen Zusammenhang, nämlich den Zusammenhang, dass beispielsweise nicht der Nationalsozialismus und der Faschismus in Europa und auf dieser Welt die Oberhand bekommen haben; es hat den Zusammenhang, dass wir diese Redefreiheit, die wir uns hier

heute nehmen, zum Teil der amerikanischen Hilfe im Zweiten Weltkrieg verdanken, aber auch der sowjetischen, der russischen Armee im Zweiten Weltkrieg verdanken, einem Land, das in diesem Krieg 20 Millionen Tote zurückgelassen hat. Das muss, glaube ich, um der geschichtlichen Wahrheit willen auch einmal gesagt werden und vielleicht die Relationen und die Verhältnismässigkeit unserer Reaktionen auch etwas bestimmen.

Herr Alder und vor allem Herr Oehler haben hier sehr mächtig auf die Pauke gehauen. Ich war nach beiden Voten eigentlich sehr überrascht, dass immer noch Frieden herrscht auf dieser Welt und nicht soeben der Krieg ausgebrochen ist. Aber auf diese Art und Weise Politik zu machen, scheint mir für ein Parlament, das ernstgenommen werden will, unmöglich zu sein. Sonst bleibt diese Politik andern überlassen. Herr Alder, Herr Oehler und andere Herren, darf ich Sie daran erinnern, dass kürzlich, und zwar nach Afghanistan, die Schweizerische Handelszentrale unter Führung von Herrn Dr. Hartmann, Generaldirektor des Schweizerischen Bankvereins, intensive Wirtschaftsverhandlungen in Moskau geführt und das Handelspotential, vor allem die Finanzierung, wesentlich erhöht hat? Ich bin der Meinung, das sei eine richtige Politik. Handel ist nach unserer Auffassung besser als Krieg. Aber man sollte dann hier nicht mit einer Doppelmoral auftreten. Oder man sollte sich auch daran erinnern, dass die russische Goldbank in Zürich mit unseren Grossbanken weltweit das Goldgeschäft macht und dass der Westen zum Teil über die schweizerischen Vermittler einen Teil der sowjetischen Auslagen mit den erheblichen Gewinnen, die aus dem Goldgeschäft resultieren, finanziert. Ich bin der Meinung, dass Handel, Wirtschaftsbeziehungen besser sind als Krieg. Aber dann sollte man nicht – Herr Oehler und Alder – so reden, als ob wir es uns leisten könnten, da einfach eine Tabula-rasa-Politik zu betreiben. Kollege Ziegler hat darauf hingewiesen: Allein rund 40 Prozent unseres Oelverbrauches stammen aus dem Osten. Das war in der Statistik nachzulesen. Wir sollten also auch unsere Bedeutung als Kleinstaat und unsere Verantwortung dem eigenen Volke gegenüber vielleicht doch etwas abgewogen überlegen.

Herr de Capitani hat erklärt, das Resultat der Entspannung sei ein Uebergewicht des Ostens auch in der nuklearen Rüstung. Ich habe vor mir das Weissbuch 79 der deutschen Regierung. Da steht zu diesem Kapitel: Ein Gesamtvergleich der nuklearen Potentiale von Ost und West ergibt, dass die Abschreckung angesichts der konzeptionellen und strukturellen Koppelung der zentralen nuklearstrategischen Kräfte der USA mit den nuklearen Kräften in Europa bei dem ungefähren Gesamtgleichgewicht heute gewährleistet ist. Im ganzen Buch wird dargestellt, dass das Gleichgewicht des Schreckens – gesamthaft gesehen – an und für sich gewährleistet ist, aber nicht im konventionellen Bereich.

Aber – Herr Capitani – was ist denn die Alternative zur Entspannung? Ist das heisser oder kalter Krieg? Wir meinen eben (Kollege Ott hat das deutlich gesagt), die KSZE-Konferenz in Madrid nicht beschicken zu wollen, sei eben nicht eine der Alternativen. Das ist die einzige Konferenz, in der die Schweiz in diesem Konzert zwischen Ost und West ein Mitbestimmungsrecht hat. Auch hier scheint uns Reden und Verhandeln besser zu sein als Schiessen. Ich wäre froh, wenn Herr Bundesrat Aubert diesen Standpunkt vielleicht noch sehr viel präziser zum Ausdruck bringen könnte, falls es im Bundesrat in dieser Frage Meinungsunterschiede geben sollte.

Herr de Capitani hat aber noch etwas anderes gesagt. Er hat die in ihn gesetzten Erwartungen voll erfüllt, gemäss dem polnischen Sprichwort: Auf Deine Feinde kannst Du Dich verlassen. Er erklärte nämlich, es gebe da ein paar Sozialdemokraten, die seien für die Landesverteidigung – es ist immer hübsch, dass es noch ein paar solche vernünftige Menschen gibt –, aber der Führung dieser Partei könne man offenbar nicht trauen. Wir lassen uns nicht

mehr so leicht aus dem Gleichgewicht bringen wegen solcher Anödereien. Ich darf hier auf den Bericht des Generals über die Aktivdienstzeit 1939/45 verweisen (ich empfehle das wärmstens zur Lektüre): Zuverlässigster Partner in diesem Lande war nach diesem Bericht die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, die sozialdemokratische Partei; unzuverlässigster Partner waren Kreise, die Herrn de Capitani weitaus näher stehen als uns. Dorthier kamen nämlich Landesverräter; aus unseren Reihen kam kein einziger Landesverräter, Herr de Capitani. Wir lassen uns, wenn wir in einzelnen Sachfragen zur Armeeauffassungsdifferenzen haben, nicht immer wieder diese Platte, diese «Leiche im Koffer» anhängen; ich bezeichne das schlicht und einfach als Verleumdung. Etwas anderes ist es nicht mehr, wenn man nicht zur Kenntnis nimmt, dass diese Partei zu diesem Lande steht wie jede andere Partei auch, aber mit eigenen Auffassungen und nicht als «Seitenwagen» der Partei des Herrn de Capitani.

Herr Oehler hat hier am lautesten nach Konsequenzen gerufen. Er hat auch schon anderes ausgerufen. Er war 1974 in Chile auf Besuch bei der faschistischen Junta und hat nach einem Gespräch mit dem Juntamitglied Admiral Merino die frohe Botschaft zurückgebracht: «Er, der faschistische Admiral, legte Oehler gegenüber dar, es sei das Ziel der Militärjunta, in Chile jedermann glücklich zu machen.» Der «Tages-Anzeiger» hat in seinem Kommentar vom 15. August 1974 mit Recht darauf hingewiesen: «Da werden aber die vielen tausend Chilenen, die noch in Gefängnissen und Lagern sitzen, rund 1600 sind letzte Woche neu verhaftet worden, und diejenigen, die die Foltern bisher überlebt haben, und die etwas mehr als 200 chilenischen Flüchtlinge in der Schweiz, die zahlreiche Freunde und Verwandte in Gefängnissen wissen, dem Schweizer Nationalrat Edgar Oehler dankbar sein, dass er sich dafür so eingesetzt hat, dass die Chilenen glücklich werden.»

Ich meine eben – Herr Oehler –, das ist genau diese Politik der Doppelmoral: Auf dem rechten Auge blind; faschistische Systeme in Ordnung; hier aber auf die Pauke hauen. Wir Sozialdemokraten sind da eben der Meinung: Gewalt (komme sie her, woher sie wolle) und Diktatur, ob links oder rechts, lehnen wir ab nach dem Wort von Herman Greulich: Mit Gewalt kann man alles, Paläste usw. vernichten, aber mit Gewalt kann man nicht einmal einen Saustall aufbauen.

Ganz zum Schluss noch zur Olympiade: Hier möchte ich einfach dem Bundesrat dafür danken, dass er nicht hinter der Musik von Jimmy Carter hermarschiert, sondern diesen Entscheid den Sportverbänden überlässt. Die Schweiz ist Sitz des Internationalen Olympischen Komitees; sie ist Sitz vieler internationaler Sportverbände. Die Schweiz ist das einzige Land, das im Olympischen Komitee zwei stimmberechtigte Delegierte hat. Da meine ich, sei vielleicht auch etwas Klugheit dabei, als neutrales Land, als Gastgeber und Sitzstaat in solchen Fragen zurückhaltend zu sein und das zu tun, was die Beteiligten für richtig halten.

Eggli: Ich möchte nicht viel wiederholen, was heute schon gesagt wurde. Auch ich verurteile die russische Intervention in Afghanistan. Ich verurteile auch, sofern sie vorgekommen sind, den Gaseinsatz und den Völkermord an Frauen und Kindern. Ich glaube, hier sind wir einig. Aber wo wir nicht ganz einig sind, das ist die Frage der Olympiade. Ich bin sehr froh, dass der Bundesrat – wie bereits gesagt worden ist –, hier den Sportlern den Entscheid überlässt. Ich verstehe es aber nicht, wenn bürgerliche Politiker hier am Rednerpult den grossen Verzicht der Sportler fordern und bei den nächsten Wahlen im Jahre 1983 in den Sportzeitungen sich wieder porträtieren lassen und zur Wahl empfehlen. Wenn Sie ehrlich sind, dann machen Sie jetzt ihren Einfluss geltend bei den Sportlern, die ja von Ihnen, also mehrheitlich von bürgerlichen Politikern beherrscht werden, dass sie Ihrem Appell folgen und entsprechend solidarisch sind. Das wäre eine

Tat. Hier eine Deklamation loslassen, das nützt nichts. Mit vielen, die hier gesprochen haben, bin ich auch einverstanden, dass wir unsere Landesverteidigung aufgrund der Lehren dieses Ueberfall neu überdenken. Ich bin nicht der Meinung, man müsse jetzt jede neue Anschaffung einfach machen, sondern wir müssen überdenken, was wir daraus lernen können und die entsprechenden Schlüsse ziehen.

Wir dürfen aber nicht nur dies tun, sondern wir müssen auch etwas anderes machen. Und da habe ich heute vieles vermisst bei der langen Debatte. Wir müssen einerseits im eigenen Land die sozialen Fragen besser lösen und ihnen vermehrte Beachtung schenken. Ich mache nur einige Stichworte: Die Verzögerungstaktik bei der Zweiten Säule, die ständigen Subventionskürzungen bei der Krankenkasse, die Verzögerung bei der Unfallversicherung, die Neuordnung der Arbeitslosenkasse usw. Aber auch die persönliche Freiheit und die Entwicklung unserer Bürger müssen wir fördern. Ich denke hier an den Datenschutz, bei dem der Bundesrat eine Vorlage bringen sollte. Ich denke an die Mitbestimmung und anderes mehr. Aber auch das genügt nicht. Wir müssen auch mithelfen, dass in den umliegenden Ländern, in Europa, aber auch in der Dritten Welt, vermehrt solche Aufgaben angepackt werden, vielleicht etwas anders als bisher. Bisher spielten wir gerne den Schulmeister, und unsere Stellungnahme war meistens Kritik an diesen Ländern, sei das nun im Parlament oder auch in privaten Organisationen. Viel wichtiger wäre es, positiv in diesen Ländern zu helfen, wie dies auch vereinzelt unter Mithilfe der Hilfswerke getan wird. Aber, statt Kritik, positiver Einsatz bedeutet eben Arbeit, und Arbeit ist bekanntlich schwerer als Kritik. Hier müssen wir uns vielleicht auch einmal an der Nase nehmen. Nur wenn wir alle – Politiker, Parteivorstände, Gewerkschaften, Wirtschaftsvertreter, aber auch die vielen Kritiker in unserem Land – zusammen mit den Hilfswerken in diesen Ländern positiv arbeiten, gelingt es längerfristig, eine Weltordnung herbeizuführen, in der totalitäre Systeme, wie das russische – ich sage, das russische, nicht das kommunistische –, ein muslimisches Regime oder ein Idi Amin, ein Bokassa, ein Chile usw., nicht mehr existieren können. Wenn wir alle mithelfen, diese Systeme zu ändern, die soziale Sicherheit in allen Ländern herbeizuführen, dann hat auch diese Debatte ihren Sinn gehabt.

M. Aubert, conseiller fédéral: Vous me permettez d'être extrêmement bref et, d'accord avec M. Vetsch, de ne pas considérer ce débat de quatre heures comme un simple exercice verbal. Il me semble que ce débat a été extrêmement important, extrêmement utile et – je peux vous le dire – précieux pour le Conseil fédéral.

Je remercie tous ceux qui ont pris la parole. Ce débat a révélé une large identité de vues entre le Parlement et le Conseil fédéral. J'ai constaté certaines nuances mais portant davantage sur les moyens que sur les buts de notre politique; c'est le cas, par exemple, pour l'organisation des Jeux olympiques et, sur ce point, je voudrais être aussi précis que l'a été hier le président de la Confédération et me référer à ce qu'il vous a dit à cette tribune, en réponse à une question, précisant très clairement que les Jeux olympiques n'étaient pas la matière pour des hommes politiques.

Il en est de même dans le domaine de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe. Au-delà de ces nuances constatées ce matin, au cours de quatre heures de débat, il y a ce large consensus qui est d'autant plus réjouissant qu'il sera nécessaire pour la réalisation des buts politiques, dont j'ai parlé tout à l'heure, dans la période troublée que nous traversons et qui va se prolonger.

Je voudrais répondre à une question précise que M. de Capitani nous a posée concernant, en particulier, les violations de l'Acte final d'Helsinki. Le Conseil fédéral s'exprime sur les violations de l'Acte d'Helsinki par les canaux diplomatiques appropriés, chaque fois que la nécessité

s'en fait sentir, et je me permets de rappeler ici la position prise publiquement par le Conseil fédéral, tout récemment, dans le cas du bannissement du savant Andreï Sakharov.

Je pense, Monsieur de Capitani, que nous aurons l'occasion de dire, à Madrid, ce que nous pensons. Il n'y a pas actuellement de mécanisme pour convoquer une réunion spéciale de la CSCE, mais je veux ajouter qu'un tel mécanisme pourrait être instauré à Madrid et que la Suisse – le Conseil fédéral – y serait en tous cas favorable.

La détente, telle que nous la concevons – et je répondrai ici à M. Friedrich et de façon générale à tous ceux qui ont interpellé sur la question de l'«Entspannung» – n'a rien à faire avec la politique de «Leistertreue». Pour nous, aller à Madrid ne signifie pas succomber à une certaine euphorie, ni que nous approuvons, par notre présence, ce qui se passe en Afghanistan. Bien au contraire! Si nous voulons aller à Madrid, c'est pour dire haut et fort notre inquiétude et notre réprobation. Ici, en réponse à la question posée par M. Hubacher, je voudrais souligner que la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, est le seul forum politique où la Suisse soit assise à droits égaux avec un droit de vote, avec un droit de participation aux décisions, un droit décisionnel, à égalité avec l'URSS et les Etats-Unis. C'est bien l'endroit où nous devons, je le répète, dire très haut et très fort notre inquiétude et notre réprobation. Je vous remercie.

80.303

**Dringliche Interpellation der Fraktion
der Schweizerischen Volkspartei.
Departement für auswärtige Angelegenheiten
Interpellation urgente du groupe de l'Union
démocratique du Centre.
Département des affaires étrangères**

Wortlaut der Interpellation vom 3. März 1980

Wir bitten den Bundesrat, dem Parlament folgende Fragen zu beantworten:

- Seit einem Jahr besteht im EDA eine neue Organisation mit einem Staatssekretär als nach dem Departementsvorsteher oberstem Leiter. Wie ist der Vorfall erklärbar, dass ein Beamter in dieser Position gleichzeitig für seine hervorragenden Dienste gelobt und vorzeitig aus seinem Amt entlassen wird?
- Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um das nach diesem Vorkommnis angeschlagene Vertrauen des Volkes in unser Departement für Auswärtige Angelegenheiten wiederherzustellen und damit zukünftig aussenpolitische Vorlagen nicht noch mehr zu gefährden, als sie es ohnehin schon sind?
- Welche Garantien kann der Bundesrat abgeben, dass angesichts der internationalen Lage und der auf uns zukommenden Probleme eine klare Führung im EDA gewährleistet ist?

Texte de l'interpellation du 3 mars 1980

Nous invitons le Conseil fédéral à répondre aux questions suivantes:

- Depuis une année, il existe au Département des affaires étrangères une nouvelle organisation avec un secrétaire d'Etat, qui représente la plus importante autorité après le chef du département. Comment expliquer alors que le fonctionnaire occupant ce poste ait été loué pour ses précieux services, tout en étant congédié prématurément?
- Que pense entreprendre le Conseil fédéral pour rétablir la confiance de la population dans le Département des